

Geschäftsbericht 2017

Die Zukunft im Blick
Die Zukunft im Blick



		2017	2016	2015	2014
Ergebnis					
Ergebnis vor Steuern	in Mio. EUR	0,007	5,870	-0,256	0,548
Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss	in Mio. EUR	-0,086	4,714	-0,991	0,030
Ergebnis je Aktie	in EUR	-0,04	1,49	-0,32	0,01
Dividende pro Aktie	in EUR	0,00	0,41	0,00	0,00
Finanzkennzahlen					
EBITDA	in Mio. EUR	2,587	8,753	3,831	3,679
Cashflow	in Mio. EUR	2,648	1,195	1,292	3,391
Cashflow-Rate (gesamt)	in %	5,38	2,38	2,67	7,52
Eigenkapitalquote	in %	29,19	32,30	21,74	23,00
Eigenkapitalquote Eifelhöhen-Klinik AG	in %	80,02	78,24	58,08	59,53
Umsatz					
Konzernumsatz	in Mio. EUR	46,94	47,78	45,98	42,81
Investitionen					
Investitionen	in Mio. EUR	7,51	2,41	1,61	17,78
Abschreibungen	in Mio. EUR	1,95	1,98	2,57	2,14
Mitarbeiter					
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt		591	591	612	590
Personalaufwand	in Mio. EUR	27,89	27,97	27,65	25,92
Pro-Kopf-Leistung	in EUR	83.342	84.880	78.966	76.478
Vermögen und Kapital					
Sachanlagen	in Mio. EUR	38,45	33,00	54,66	55,61
Eigenkapital	in Mio. EUR	17,70	18,65	14,69	15,00
Bilanzsumme	in Mio. EUR	60,65	57,75	67,59	65,21
Belegung					
Pflegetage		256.064	257.906	254.266	233.616
Fallzahl		9.997	10.082	9.775	8.644

Marmagen

Eifelhöhen-Klinik



QS:Reha®
Qualitätssicherung
medizinische Rehabilitation



Eifelhöhen-Klinik
Dr.-Konrad-Adenauer-Str.1
53947 Nettersheim-Marmagen
Telefon 02486 71-0
Telefax 02486 71-555
www.eifelhoehen-klinik.de
info@eifelhoehen-klinik.de

The Leading Hospitals of Germany



Bonn

Kaiser-Karl-Klinik



QS:Reha®
Qualitäts-Sicherung
medizinische Rehabilitation



Kaiser-Karl-Klinik
Graurheindorfer Str.137
53117 Bonn
Telefon 0228 6833-0
Telefax 0228 6833-445
www.kaiser-karl-klinik.de
info@kaiser-karl-klinik.de



Eifelhöhen-Klinik
Aktiengesellschaft

Graurheindorfer Str. 137
53117 Bonn
Telefon 0228 967782-0
Telefax 0228 967782-49
www.eifelhoehen-klinik.ag
info@eifelhoehen-klinik.ag

Bad Wünnenberg

Aatalklinik



QS:Reha®
Qualitätssicherung
medizinische Rehabilitation



Aatalklinik Wünnenberg
In den Erlen 22
33181 Bad Wünnenberg
Telefon 02953 970-0
Telefax 02953 970-505
www.aatalklinik.de
info@aatalklinik.de

Mönchengladbach

Herzpark Hardterwald



QS:Reha®
Qualitäts-Sicherung
medizinische Rehabilitation



Herzpark Hardterwald
Louise-Gueury-Str. 400
41169 Mönchengladbach
Telefon 02161 552-2400
Telefax 02161 552-2910
www.herzpark-mg.de
info@herzpark-mg.de



Inhaltsverzeichnis

Unternehmensprofil des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns	2
Vorwort des Vorstands	3
Die Gremien der Eifelhöhen-Klinik AG	5
Bericht des Aufsichtsrats	6
Konzernlagebericht	9
A. Grundlagen des Konzerns	9
B. Wirtschaftsbericht	9
1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	9
2. Geschäftsverlauf	12
3. Lage	13
C. Nichtfinanzielle Erklärung (CSR-Bericht)	15
D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	19
E. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem mit Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	23
F. Vergütungsbericht	23
G. Angaben nach § 315a HGB	24
H. Erklärung zur Unternehmensführung gem. §§ 289f HGB i. V. m. 315d HGB	25
Konzernabschluss 2017	30
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	31
Konzernbilanz	32
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	33
Konzern-Kapitalflussrechnung	34
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	35
Konzernanhang	36
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	76
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	77



Unternehmensprofil des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns

Die Eifelhöhen-Klinik AG (www.eifelhoehen-klinik.ag) mit Sitz in Bonn betreibt Einrichtungen der ambulanten und stationären Rehabilitation, Altenpflege und ambulanten medizinischen Versorgung. Die börsennotierte Eifelhöhen-Klinik AG stellt dabei die hochwertige Qualität der erbrachten Dienstleistungen für Patienten und Kostenträger in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Zur Eifelhöhen-Klinik AG gehören im Rheinland und in Westfalen

- die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH in Nettersheim-Marmagen (Eifel)
Fachklinik für Innere Medizin, Orthopädie/Traumatologie und Neurologie
- die Kaiser-Karl-Klinik GmbH in Bonn
Fachklinik für ambulante und stationäre Orthopädie, Geriatrie und Innere Medizin
- die Herzpark Mönchengladbach GmbH in Mönchengladbach
Fachklinik für ambulante und stationäre kardiologische Rehabilitation
- eine 6%ige Beteiligung am Geriatrischen Zentrum Zülpich GmbH
- eine 70%ige Beteiligung an der Aata Klinik Wünnenberg GmbH in Bad Wünnenberg. In Kooperation mit der Kurverwaltung Wünnenberg GmbH (Gesellschafter: Kreis Paderborn und Stadt Bad Wünnenberg) betreibt die Gesellschaft eine moderne Fachklinik mit den Indikationen Neurologie und Orthopädie sowie am gleichen Standort eine Pflegeeinrichtung mit 39 Betten und ein Medizinisches Versorgungszentrum.

Der Anteil neurologischer Betten an der Gesamtzahl der aufgestellten Reha-Betten im Eifelhöhen-Klinik-Konzern beträgt rund 37 %.

Historie

Die Eifelhöhen-Klinik AG wurde im Jahr 1970 als Eifelhöhen-Sanatorium GmbH & Co. KG gegründet. 1976, ein Jahr nach Inbetriebnahme der Klinik in Nettersheim-Marmagen, kam es zur Umbenennung in Eifelhöhen-Klinik GmbH & Co. KG. 1987 folgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Die rund 400 Kommanditisten der GmbH & Co. KG übernahmen die Aktien im Zuge der Umwandlung. Im Verlauf der langjährigen Börsennotierung der Eifelhöhen-Klinik AG erfolgten mehrmalige Kapitalerhöhungen, zuletzt 1994 auf den aktuellen Stand von 7.987 TEUR. Am 29. Januar 1999 erfolgte die Umstellung auf Stückaktien mit gleichzeitigem Aktiensplit im Verhältnis 1:10.



Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das Geschäftsjahr 2017 der Eifelhöhen-Klinik AG wurde mit einem Jahresüberschuss von 757 TEUR abgeschlossen. Das Konzernergebnis von 7 TEUR vor Steuern war auch im Berichtsjahr 2017 noch geprägt durch den Ausbau und Anlauf der neuen kardiologischen Rehabilitationsklinik des Konzerns in Mönchengladbach auf eine Kapazität von 180 stationären kardiologischen Behandlungsplätzen.

Mit der hauptsächlich im Jahr 2017 erfolgten und voraussichtlich Mitte des Jahres 2018 abgeschlossenen Baumaßnahme ist in den letzten Jahren eine der größten Rehabilitationseinrichtungen für die kardiologische Rehabilitation in Nordrhein-Westfalen entstanden. Das bewährte Geschäftsmodell der Eifelhöhen-Klinik AG – eine qualitativ hochwertige und spezialisierte Rehabilitation mit wohnortnahen ambulanten und stationären Standorten zu verbinden - wurde damit auch im Geschäftsjahr 2017 konsequent umgesetzt.

Die kontinuierliche Optimierung der innerbetrieblichen Organisation in den Gesellschaften des Eifelhöhen-Klinik Konzerns war im Geschäftsjahr 2017 schwerpunktmäßig auf die Implementierung eines administrativ einheitlichen IT-Systems ausgerichtet. Ebenso wurden die notwendigen Analysen und Anpassungen für die ab Mai 2018 geltende neue komplexe EU-Datenschutz-Grundverordnung - einschließlich der Cybersicherheit - im Rahmen des Ausbaus und der Harmonisierung der innerbetrieblichen IT-Strukturen und Funktionsabläufe durchgeführt und umgesetzt.

Mit Bezug auf die Umsetzung der neuen Auflagen des Datenschutzes, aber auch hinsichtlich der Effizienzsteigerung der betrieblichen Abläufe und des Controllings, ist der Eifelhöhen-Klinik Konzern absehbar für die nächsten Jahre gut aufgestellt.

Wesentlich für die Zukunft eines Unternehmens ist es, frühzeitig Trends und absehbar wahrscheinliche Rahmenbedingungen in unserem Geschäftsfeld zu analysieren und ggf. schrittweise zu implementieren.

Neben den traditionell bewährten rehabilitativen Angeboten an den etablierten Klinikstandorten des Konzerns wird dabei auch zukünftig der Einsatz von Robotik die Rehabilitationsmedizin in den nächsten Jahren nachhaltig verändern. Ebenso werden auch neue Gesundheitsdienstleistungen, z.B. telemedizinische Angebote, die Kommunikation und Bindung der Patienten an die Unternehmen im Gesundheitswesen maßgeblich beeinflussen.

Die Eifelhöhen-Klinik AG hat in beiden Bereichen schon begonnen, diese Trends in ihr medizinisches Angebot aufzunehmen.

Im Bereich der neurologischen Frührehabilitation ist am Standort Bad Wünnenberg für die Behandlung von Schlaganfallpatienten ein spezielles Armlabor eingerichtet worden. In diesem wird mittels Robotik das funktionelle Hand-/Armtraining von gelähmten Patienten optimiert und intensiviert.

Die Geschäftspolitik und Stärke der Eifelhöhen-Klinik AG beinhaltet auch eine schnelle und konsequente Analyse der neuen medizinischen und technologischen Behandlungsmethoden. Durch Kooperationen kann dann in einer Win-Win-Situation mit



Technologieunternehmen für diese der Zugang zur Patientenversorgung geschaffen werden. Beispielhaft sei dafür die in 2017 abgeschlossene Kooperation mit dem Westdeutschen Zentrum für angewandte Telemedizin genannt. Mit dieser Kooperation können für kardiologische Risikopatienten schon während des Klinikaufenthaltes, aber auch nach Rückkehr in die häusliche Umgebung, weiterführende Rehabilitations- und Behandlungskonzepte angeboten werden, die mittels Sensorik und erweitertem Service die Sicherheit für Herzpatienten während und nach der Rehabilitation erhöhen.

Die Eifelhöhen-Klinik AG wird in den nächsten Jahren auch weiterhin federführender Anbieter von innovativer Rehabilitationsmedizin bleiben und dieses Angebot ausbauen.

Bonn, im April 2018

Der Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Kütthmann
- Vorsitzender -

Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat



Die Gremien der Eifelhöhen-Klinik AG



von links: Markus-Michael Kühmann, Lothar Lotzkat

Der Vorstand

Dr. med.
Markus-Michael Kühmann
(Vorsitzender)

Dipl.-Oec.
Lothar Lotzkat

Der Aufsichtsrat

Dipl.-Oec.
Karsten Leue
(Vorsitzender)

RA Doris Mücke
(Stellvertretende Vorsitzende)

Dipl.-Oec., Ing.
Sigurd Roch



von links: Karsten Leue, Doris Mücke, Sigurd Roch



Bericht des Aufsichtsrats

In der außerordentlichen Hauptversammlung am 09.01.2017 wurde der Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG neu gewählt. Dieses war erforderlich, da das Landgericht Köln in einem Statusverfahren nach §§ 98, 99 AktG über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats mit Beschluss vom 07.08.2015 (AZ: 82 O 23/15) entschieden hat, dass sich der Aufsichtsrat der Gesellschaft nach den §§ 96 Abs. 1 6. Fall, 101 Abs. 1 AktG und § 12 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft ausschließlich aus drei Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre zusammensetzt, die von der Hauptversammlung gewählt werden. Dieser Beschluss des Landgerichts Köln war seit dem 21.07.2016 rechtskräftig. Die Bestimmungen der Satzung über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, über die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder sowie über die Wahl, Abberufung und Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern traten spätestens sechs Monate nach Eintritt der Rechtskraft des vorgenannten Beschlusses des Landgerichts Köln insoweit außer Kraft, als sie den nunmehr anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften widersprachen (§§ 99, 98 Abs. 4 i.V.m. 97 Abs. 2 Satz 2 AktG). Somit ergab sich die Notwendigkeit, innerhalb einer Frist von 6 Monaten einen neuen Aufsichtsrat zu wählen.

Interessenkonflikte von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, die dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen sind und über die die Hauptversammlung zu informieren ist, sind auch im Geschäftsjahr 2017 nicht aufgetreten.

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2017 wahrgenommen und den Vorstand bei der Leitung der Unternehmensgruppe beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Dazu hat der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2017 neben der konstituierenden Sitzung am 09.01. vier weitere Sitzungen (20./21.02; 25.04.; 10.07. sowie 20./21.11.) abgehalten.

Der Vorstand hat uns auch im Rahmen von periodischen Informationen schriftlich und mündlich über die aktuelle Geschäftslage, wesentliche Fragen der Unternehmensführung und über die Ausrichtung der Unternehmensgruppe sowie die kurz- und langfristige Planung verbunden mit den beabsichtigten Investitionen unterrichtet.

Die Liquiditätslage und die Finanzierungsstruktur des Konzerns sind, wie im Vorjahr, geordnet.

Der Aufsichtsratsvorsitzende stand zudem in engem Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden und bekam zeitnahe Informationen über wesentliche Geschäftsvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von der Unternehmensplanung wurden eingehend hinterfragt und diskutiert. Der Aufsichtsrat war in alle für die Gesellschaft grundlegenden Entscheidungen eingebunden und fasste die nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung erforderlichen Beschlüsse.

Der Aufsichtsrat befasste sich auch in 2017 weiterhin mit der Anlaufphase des neuen Standortes in Mönchengladbach. Die geplante Erweiterung der Bettenkapazität befindet sich in Realisierung. Es wird erwartet, dass die zusätzliche Bettenkapazität aufgrund von Baumängeln erst ab dem 3. Quartal 2018 zur Verfügung steht.

Weiteres Schwerpunktthema in allen Sitzungen waren die fortzuführenden Investitionsmaßnahmen in der Klinik in Marmagen, die erforderlich sind, um die Klinik langfristig wettbewerbsfähig am Markt positionieren zu können.

Der Aufsichtsrat ließ sich des Weiteren regelmäßig über den Stand der Umsetzung des Datenschutzkonzeptes vor dem Hintergrund der ab Mai 2018 geltenden DSGVO sowie des Tax Compliance Konzeptes unterrichten.

Der Aufsichtsrat beschloss am 25.04. eine Frauenquote für den Vorstand und den Aufsichtsrat und erörterte die bisherige Vergütungsstruktur für den Aufsichtsrat. Der Beschlussvorschlag sah vor, die jährliche feste Grundvergütung für das Mitglied von bisher € 23.000 auf € 26.000 zu erhöhen und in Anpassung an die Gepflogenheiten bei anderen Aktiengesellschaften einen Erhöhungsfaktor für den Vorsitzenden sowie den Stellvertreter. Der Beschlussvorschlag erhielt in der Hauptversammlung 2017 die satzungsmäßige Mehrheit.



Der Aufsichtsrat erörterte auch die Effizienz seiner Tätigkeit unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit dem Vorstand und der Informationsversorgung des Aufsichtsrates. Wesentlicher Handlungsbedarf wurde nicht gesehen und die Tätigkeit als effizient eingestuft.

Die ursprüngliche Bestellung von Herrn Lotzkat als Vorstand endet zum 31.05.2018. Der Aufsichtsrat hat mit Herrn Lothar Lotzkat in einem Gespräch am 20.11.2017 sowie der AR-Vorsitzende in einem weiteren Gespräch am 22.12.2017 die weitere Zusammenarbeit erörtert.

Herr Lothar Lotzkat wurde sodann mit Beschluss vom 04.01.2018 zum Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft für die Zeit vom 01.06.2018 bis 31.05.2021 bestellt.

Mit der Weiterentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex haben wir uns auch im Berichtsjahr befasst und die erforderlichen Entsprechenserklärungen am 10.07.2017 abgegeben. Auf weitere Ausführungen im Lagebericht der Gesellschaft wird verwiesen.

In der Aufsichtsratssitzung am 20./21.11.2017 war der Prüfungsauftrag für das Geschäftsjahr 2017 an den von der Hauptversammlung am 11.07.2017 gewählten Abschlussprüfer Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung Kurt Heller GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Köln, Gegenstand. Der Aufsichtsratsvorsitzende erteilte sodann den Prüfungsauftrag. Gemeinsam mit dem Abschlussprüfer wurden die Schwerpunkte der Abschlussprüfung erörtert und festgelegt. Leistungsbeziehungen zwischen Abschlussprüfer und Gesellschaften des Eifelhöhen-Klinik Konzerns außerhalb der Abschlussprüfung dürfen nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates erbracht werden. Für bestimmte prüfungsnahen Leistungen (Non-Audit Services), die über die Abschlussprüfung hinausgehen, hat der Aufsichtsrat den Vorstand ermächtigt, die Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung Kurt Heller GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Köln, mit solchen Leistungen zu beauftragen. Die Ermächtigung ist betragsmäßig begrenzt.

Der Vorstand hat den Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31.12.2017 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches sowie den Konzernabschluss zum 31.12.2017 und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2017 nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung Kurt Heller GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Köln, hat den vom Vorstand zum 31.12.2017 aufgestellten Jahresabschluss der Eifelhöhen-Klinik AG sowie den Konzernabschluss einschließlich der dazugehörigen Berichte über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns geprüft.

Die vorgenannten Unterlagen und der Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns lagen jedem Mitglied des Aufsichtsrates rechtzeitig vor. Diese wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 24.04.2018 gemeinsam mit dem Vorstand und Abschlussprüfer umfassend erörtert.

Der Wirtschaftsprüfer berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Abschlussprüfer informierte ferner über seine Feststellungen zum internen Kontroll- und Risikomanagement bezogen auf den Rechnungslegungsprozess.

Das Ergebnis der Prüfung sowie der Ablauf und die wesentlichen Feststellungen der Abschlussprüfung sind in dem seit dem Jahresabschluss 2017 inhaltlich deutlich erweiterten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers dargestellt. Der Abschlussprüfer erteilte einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Der Abschlussprüfer hat festgestellt, dass der Vorstand ein angemessenes Informations- und Überwachungssystem eingerichtet hat, das in seiner Konzeption und Handhabung geeignet ist, den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.



Unsere Prüfung umfasste auch die nichtfinanziellen Erklärungen des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns, die im Jahr 2017 erstmals Bestandteil des Konzernlageberichtes sind. Zur Vorbereitung der Prüfung hatte der Aufsichtsrat den Abschlussprüfer zusätzlich beauftragt, die nichtfinanziellen Erklärungen inhaltlich mit begrenzter Sicherheit zu prüfen und hierüber eine Prüfungsbescheinigung zu erstellen. Der Abschlussprüfer hat über den Gegenstand, den Ablauf und die wesentlichen Feststellungen auch dieser Prüfung ausführlich berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich auf der Grundlage seiner eigenen Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses und der Lageberichte dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer angeschlossen. Einwendungen waren nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Dem Vorschlag des Vorstands bezüglich der Verwendung des Bilanzgewinns schlossen wir uns an.

Der Aufsichtsrat dankt allen Konzernmitarbeiterinnen und Konzernmitarbeitern sowie den Unternehmensleitungen und dem Vorstand für Ihre geleistete Arbeit und ihren Einsatz im Geschäftsjahr 2017.

Der Aufsichtsrat

24. April 2018

Dipl.-Oec. Karsten Leue
Vorsitzender



Lagebericht des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns für das Geschäftsjahr 2017

A. Grundlagen des Konzerns

Die Eifelhöhen-Klinik AG mit Sitz in Bonn betreibt Einrichtungen der ambulanten und stationären Rehabilitation, Altenpflege und ambulanten medizinischen Versorgung. Die börsennotierte Eifelhöhen-Klinik AG stellt dabei die hochwertige Qualität der erbrachten Dienstleistungen für Patienten und Kostenträger in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Zur Eifelhöhen-Klinik AG gehören im Rheinland und in Westfalen

- die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH in Nettersheim-Marmagen (Eifel)
Fachklinik für ambulante und stationäre Innere Medizin, Orthopädie/Traumatologie und Neurologie
- die Kaiser-Karl-Klinik GmbH in Bonn
Fachklinik für ambulante und stationäre Orthopädie, Geriatrie und Innere Medizin
- die Herzpark Mönchengladbach GmbH in Mönchengladbach
Fachklinik für ambulante und stationäre kardiologische Rehabilitation
- eine 6%ige Beteiligung am Geriatrischen Zentrum Zülpich GmbH
- eine 70%ige Beteiligung an der Aataklinik Wünnenberg GmbH in Bad Wünnenberg. In Kooperation mit der Kurverwaltung Wünnenberg GmbH (Gesellschafter: Kreis Paderborn und Stadt Bad Wünnenberg) betreibt die Gesellschaft eine moderne Fachklinik mit den Indikationen Neurologie und Orthopädie sowie am gleichen Standort eine Pflegeeinrichtung mit 39 Betten und ein Medizinisches Versorgungszentrum.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Wirtschaftsjahr 2017 war in Deutschland weiterhin eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Nach Angaben der Deutschen Bundesregierung ist das Bruttoinlandsprodukt real um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Treiber des Wirtschaftswachstums in 2017 sind der private Konsum und die positiven außenwirtschaftlichen Impulse. Der private Konsum trug im Berichtsjahr mit einer Steigerung von 2,0 % im Vergleich zum Vorjahr weiterhin zum Wachstum bei.

Nach der Prognose der Deutschen Bundesbank wird für 2018 ein Wachstum von 2,5 % erwartet.

Trotz der positiven Entwicklung der öffentlichen Finanzen in den letzten Jahren durch hohe Steuereinnahmen und eine den Staatshaushalt begünstigende Zinspolitik der EZB sind weiterhin strukturelle Risiken zu verzeichnen, die in den überschuldeten Haushalten der Euro-Länder und durch die absehbar demographischen Entwicklungen in den wirtschaftlich wichtigen Kernstaaten Europas begründet sind.



Branchenentwicklung

Auf der Grundlage der vom Bundesministerium für Gesundheit veröffentlichten Zahlen und Kommentierungen zur Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) weist die Statistik zum Ende des 4. Quartals 2017 ein Ergebnis von 3,15 Mrd. Euro aus. Die Finanzreserven der Krankenkassen stiegen bis Ende 2017 um rund 19,2 Mrd. Euro.

Die Ausgaben zeigen 2017 einen Anstieg von insgesamt 3,5 %. Die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen erhöhten sich ebenfalls um 1,4 % pro Versicherten.

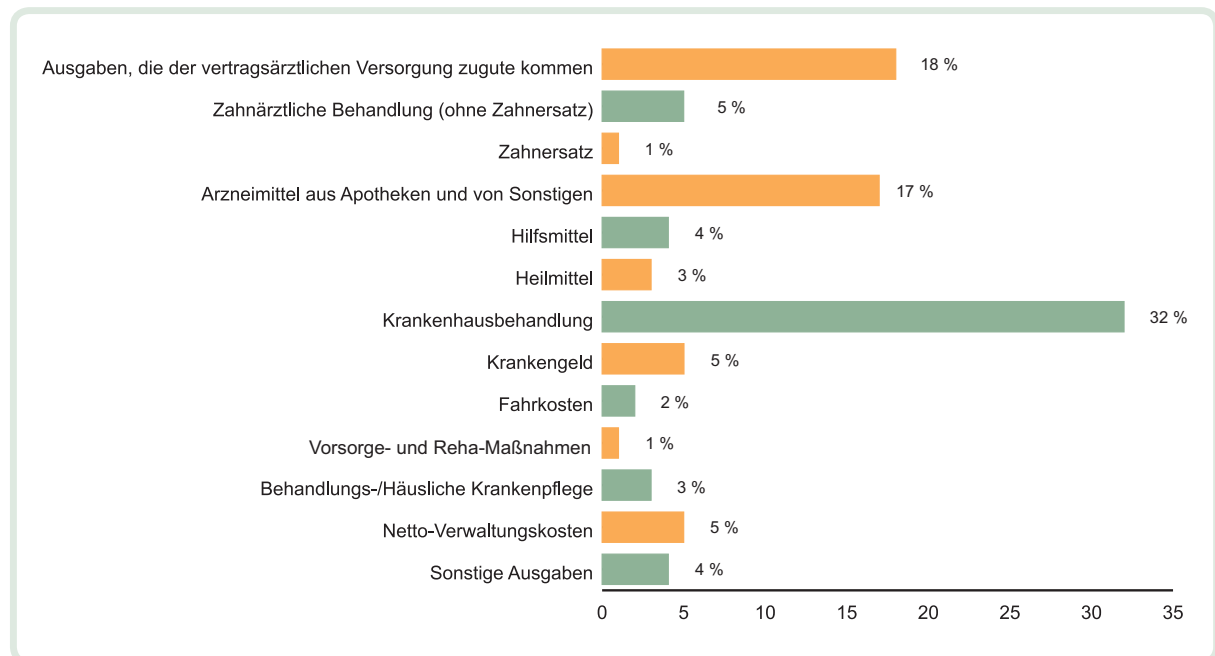
Im Bereich der Präventionsleistungen stiegen die Ausgaben in 2017 um weitere 6,5 %. Diese erfreuliche Entwicklung ist auf das jüngste Präventionsgesetz zurückzuführen, mit dem die Krankenkassen verpflichtet wurden, ihr bisher sehr geringes Engagement deutlich auszubauen.

Im für unsere Kliniken wichtigen Segment der Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen wurden in 2017 insgesamt 2,4 % mehr als im Vorjahr (3,435 Mrd. Euro) ausgegeben.

Auf der Grundlage der im Jahr 2017 zu verzeichnenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Prognosen für 2018 ist davon auszugehen, dass im kommenden Wirtschaftsjahr – unter anderem unter Berücksichtigung der Zuschüsse aus den Gesundheitsfonds – die Ausgaben der GKV und die Leistungen der Rentenversicherung für Rehabilitationsmaßnahmen auf dem Vorjahresniveau weitergehend erhalten bleiben.

Generell kann auf der Grundlage der zurzeit bekannten Daten in 2018 weiterhin von stabilen Verhältnissen bei der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme mit Bezug auf die Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen ausgegangen werden.

Ausgabenanteile 1.- 4. Quartal 2017



Quelle: Pressemitteilung des Bundesministerium für Gesundheit vom 2. März 2018



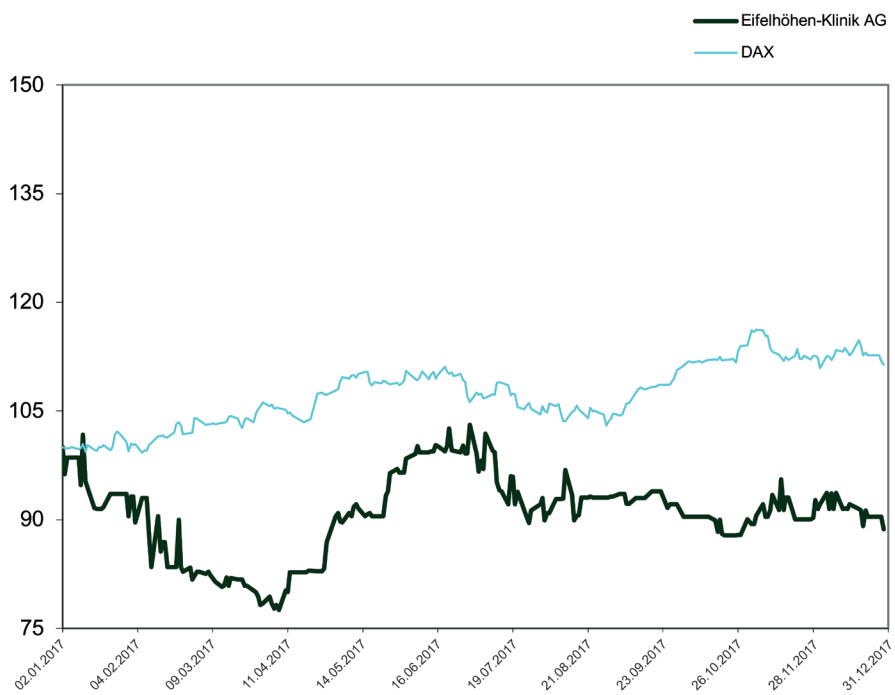
Die Eifelhöhen-Klinik-Aktie

Höchstkurs 2017 ¹⁾	5,93 EUR	(30.06.2017)
Tiefstkurs 2017 ¹⁾	4,46 EUR	(07.04.2017)
Schlusskurs zum 31.12.2017	5,10 EUR	
Börsenumsatz Frankfurt	240.363 Stück	
Börsenumsatz Vorjahr	275.972 Stück	

¹⁾ Die Angabe erfolgt auf Basis von Tagesschlusskursen.

Unseren aktuellen Börsenkurs finden Sie z. B. unter: <http://www.boerse.de/boersenkurse/EIFELHOEHEN-KLINIK-ON/DE0005653604>

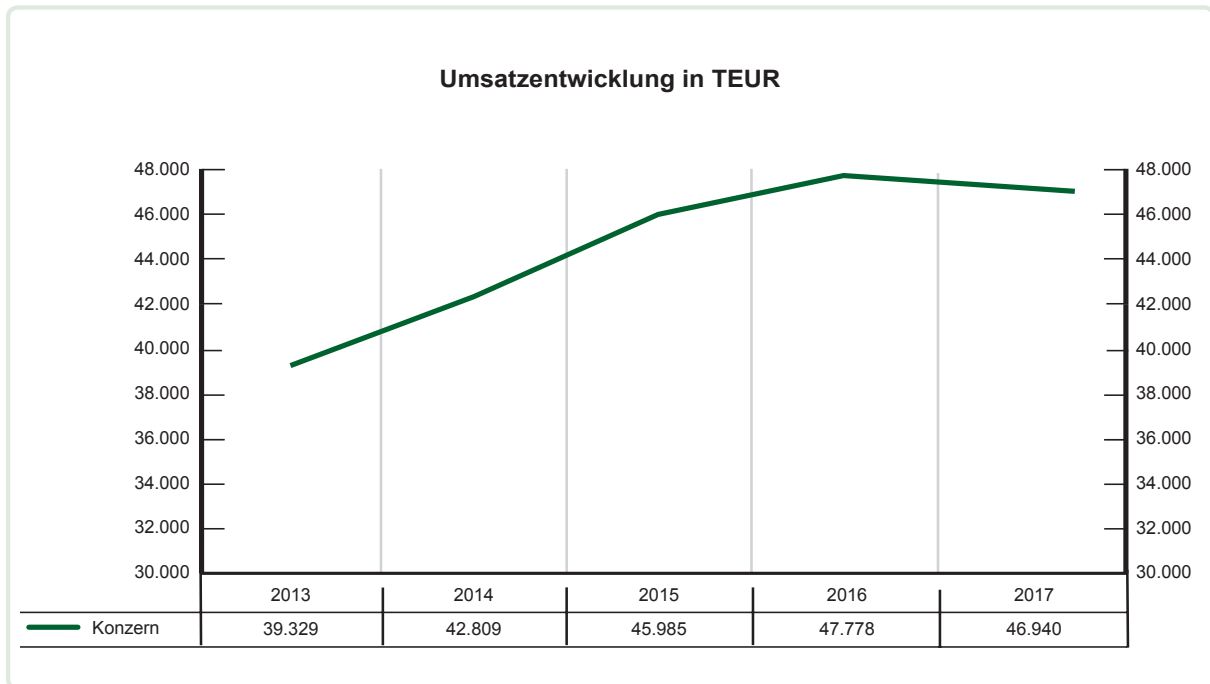
Börsenentwicklungen im Jahr 2017



Quellen: comdirect bank AG



2. Geschäftsverlauf



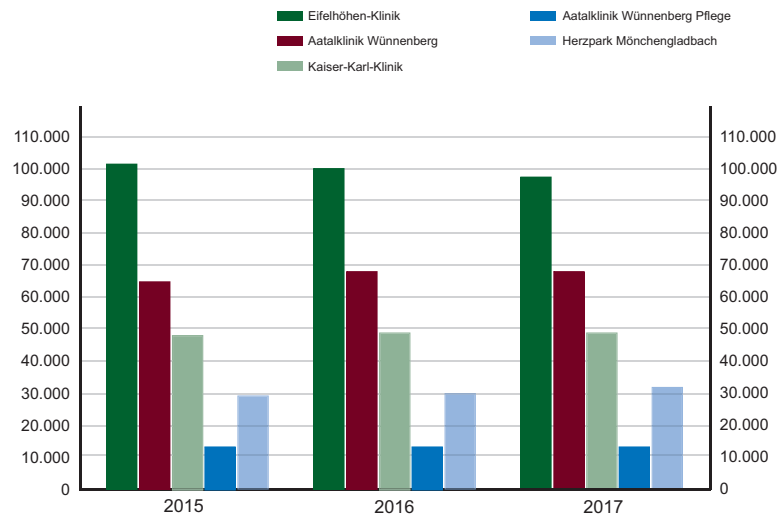
Der Konzernumsatz verminderte sich um 838 TEUR auf 46.940 TEUR. Der Umsatzrückgang in 2017 beruhte unter anderem auf dem Rückgang der Pflgetage in der Eifelhöhen-Klinik in Marmagen sowie durch einen Rückgang der Erlöse in der Kaiser-Karl-Klinik und der Aataklunik Wünnenberg durch den im Geschäftsjahr aufgetretenen Casemix.

Das Konzernergebnis verminderte sich von 4.714 TEUR auf -86 TEUR. Im Vorjahr wurde ein einmaliger Gewinn von 5,5 Mio. EUR aus dem Verkauf des Klinikgebäudes und des Grundstückes der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn erzielt.

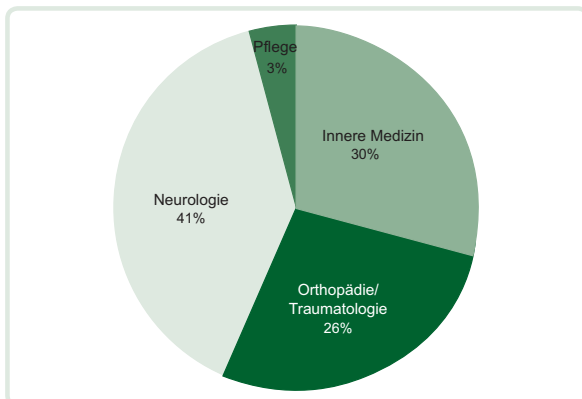
Nach Entnahme aus den Gewinnrücklagen in Höhe von 493 TEUR verbleibt ein Konzernbilanzgewinn in Höhe von 379 TEUR.



Standortbezogene stationäre Pflorgetage im Eifelhöhen-Klinik-Konzern



Aufteilung der stationären Behandlungserlöse nach Fachabteilungen im Jahr 2017



3. Lage

a) Ertragslage

	2017 TEUR	2016 TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Gesamtleistung	49.255	50.164	-909	-1,8
Betriebliche Aufwendungen	49.168	48.949	219	0,4
Betriebsergebnis	87	1.215	-1.128	-92,8
Zinsergebnis (Saldo)	-606	-896	290	32,4
Ordentliches Unternehmensergebnis	-519	319	-838	>-100,0
Neutrales Ergebnis	526	5.551	-5.025	-90,5
Ergebnis vor Steuern	7	5.870	-5.863	-99,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	93	1.156	-1.063	-92,0
Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss	-86	4.714	-4.800	>-100,0



Die Gesamtleistung des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns, die neben dem unmittelbar patientenbezogenen Umsatz auch sonstige betriebliche Erträge berücksichtigt, verminderte sich in 2017 um 909 TEUR auf insgesamt 49.255 TEUR (-1,8 %).

Die betrieblichen Aufwendungen stiegen um 0,4 %, u. a. durch die in 2017 erstmalig ganzjährig gezahlte Pacht an den neuen Eigentümer der Klinikimmobilie der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn.

Das Zinsergebnis 2017 verbesserte sich aufgrund der Tilgung kurzfristiger Finanzverbindlichkeiten sowie der Aktivierung von 137 TEUR Finanzaufwendungen als Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Vorjahr -896 TEUR auf -606 TEUR.

Das neutrale Ergebnis enthielt im Vorjahr im Wesentlichen den Gewinn aus dem Verkauf des Klinikgebäudes in Bonn in Höhe von 5,5 Mio. EUR. In 2017 sind als wesentlicher Posten Versicherungsentschädigungen in Höhe von 242 TEUR zu nennen.

Der Ertragsteueraufwand enthält die laufende Ertragsteuerbelastung und die Veränderung durch die latenten Steuern.

Nach Abzug des Steueraufwands ergibt sich ein Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von -86 TEUR.

Das Konzernergebnis je Aktie reduzierte sich von 1,49 EUR in 2016 auf -0,04 EUR in 2017.

Das EBITDA verminderte sich von 8.753 TEUR im Jahr 2016 auf 2.587 TEUR im Jahr 2017.

b) Finanzlage

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Netto-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (I.)	+2.230	+1.195
Cashflow aus Investitionstätigkeit (II.)	-7.501	+25.111
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (III.)	-2.570	-5.431
Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe I. + II. + III.)	-7.841	+20.875

Der Nettocashflow aus laufender Geschäftstätigkeit stieg von 1.195 TEUR in 2016 auf 2.230 TEUR in 2017.

Die Veränderung des Cashflows aus Investitionstätigkeit um -32.612 TEUR resultiert vorwiegend aus dem in 2016 getätigten Verkauf der Klinikimmobilie in Bonn (27.500 TEUR) und der im Vergleich zum Vorjahr um 5.101 TEUR höheren Investitionen. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit erhöhte sich um 2.861 TEUR.

In 2017 wurde ein Darlehen von 4.000 TEUR zur Teilfinanzierung des Klinikausbaus auf 180 Betten im Herzpark Mönchengladbach aufgenommen.

Die Gesellschaft tilgte im Jahr 2017 die kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten plangemäß. Zum Bilanzstichtag verfügt der Konzern über Liquiditätsreserven – in Form der liquiden Mittel zuzüglich der noch nicht ausgeschöpften Kreditlinien – in Höhe von 8.010 TEUR. In 2017 erfolgte eine Dividendenzahlung in Höhe von 1.237 TEUR.

Im Jahr 2017 beträgt die Veränderung des Finanzmittelfonds -7.841 TEUR.

Die Fähigkeit des Unternehmens jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, war im Zeitraum 2017 uneingeschränkt gegeben.



c) Vermögenslage

	2017	2016	2015	2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen	38.452	33.003	54.660	55.610
Eigenkapital	17.704	18.655	14.692	14.996
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	32.023	29.785	27.849	32.639
Kurzfristiges Fremdkapital	10.921	9.312	25.050	17.572
Bilanzsumme	60.648	57.752	67.591	65.207

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Erhöhung der Sachanlagen (5.449 TEUR) vorwiegend auf den Erweiterungsbau des Klinikgebäudes in Mönchengladbach zurückzuführen. Die Investitionen lagen mit 7.277 TEUR über den laufenden Abschreibungen von 1.820 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2017 verminderte sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr um 951 TEUR (-5,1 %). Dies ist im Wesentlichen auf die Dividendenzahlung von 1.237 TEUR zurückzuführen. Die versicherungsmathematischen Gewinne (netto +371 TEUR) wirkten dieser Verminderung entgegen. Die Eigenkapitalquote im Konzern verminderte sich damit von 32,3 % zum 31.12.2016 auf 29,2 % zum 31.12.2017.

Die mittel- und langfristigen Schulden stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2.238 TEUR auf 32.023 TEUR.

Ursächlich für diese Entwicklung ist vorwiegend die Erhöhung der langfristigen Finanzverbindlichkeiten um 2.865 TEUR. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verminderten sich um 534 TEUR im Wesentlichen aufgrund des gestiegenen Abzinsungssatzes von 1,93 % zum 31.12.2017 (31.12.2016: 1,72 %).

Die kurzfristigen Schulden, bestehend aus Rückstellungen, Ertragsteuerverbindlichkeiten, Finanzverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Verbindlichkeiten, erhöhten sich um 1.609 TEUR auf 10.921 TEUR.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur des Konzerns ist weiterhin als solide zu bezeichnen.

C. Nichtfinanzielle Erklärung (CSR-Bericht)

Im Dezember 2014 hat die EU-Kommission eine Richtlinie zur Erweiterung der finanziellen Berichterstattung um nichtfinanzielle und die Diversität betreffende Aspekte verabschiedet. Diese Richtlinie wurde im März 2017 ins deutsche Recht überführt und gilt für alle nach dem 31. Dezember 2016 beginnenden Berichtsjahre. Die berichtspflichtigen Unternehmen sind demzufolge verpflichtet, künftig zu jedem Geschäftsjahr im Kontext der Konzern-Lageberichterstattung eine nichtfinanzielle (Konzern-) Erklärung abzugeben, in der über die wesentlichen nichtfinanziellen Belange berichtet wird.

Zur Abgabe einer nichtfinanziellen Erklärung sind nach dem CSR- Richtlinie - Umsetzungsgesetz Kapitalgesellschaften verpflichtet, sofern sie

1. kapitalmarktorientiert im Sinne von § 264 d HGB sind sowie
2. im Jahresdurchschnitt mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigen
3. als groß im Sinne von § 267 Abs. 3 Satz 1 HGB eingestuft werden.

Der nachfolgende Bericht ist ebenfalls Teil des vom Wirtschaftsprüfer geprüften Konzern-Lageberichts.



Allgemeines

Die Eifelhöhen-Klinik AG (www.eifelhoehen-klinik.ag) mit Sitz in Bonn betreibt Einrichtungen der ambulanten und stationären Rehabilitation, Altenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung (MVZ). Die börsennotierte Eifelhöhen-Klinik AG stellt dabei die hochwertige Qualität der erbrachten Dienstleistungen für Patienten und Kostenträger in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

1. Strategische Analyse und Maßnahmen

Das Unternehmen verfolgt eine allgemeine Nachhaltigkeitsstrategie. Wesentlicher Bestandteil dieser Strategie ist die Erbringung von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen im Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Schwerpunkt Rehabilitation. Dazu betreibt die Eifelhöhen-Klinik AG durch ihre Gesellschaften an Standorten in Nordrhein-Westfalen Rehabilitationskliniken, Pflegestationen und Einrichtungen der ambulanten medizinischen Versorgung.

2. Wesentlichkeit

Das Unternehmen agiert dabei im Rahmen der gesetzlichen und allgemeinen Bestimmungen für das Gesundheitswesen in Deutschland. Unter dem gesellschaftsrelevanten Aspekt von Nachhaltigkeit trägt es damit zu einer guten qualitativen Gesundheitsversorgung der Bürger bei. Der Schwerpunkt der Tätigkeit ist dabei auf Menschen ausgerichtet, die z.B. durch eine Erhöhung oder Verbesserung ihrer individuellen Gesundheit (z.B. Grad dieser Pflegebedürftigkeit, beruflichen Integrationsfähigkeit) und möglicher Teilnahme am gesellschaftlichen Leben von der Geschäftstätigkeit des Unternehmens profitieren. Die sich daraus ergebenden sozialen Chancen Dritter durch Wirken des Unternehmens lassen sich zum einen mit dem wirkvollen Beitrag des Unternehmens für die individuelle und kollektive Gesundheit beschreiben. Zum anderen können die ökologischen Chancen und Risiken der Geschäftstätigkeit im Wesentlichen auf die Anforderungen an ein effizientes Gebäudemanagement reduziert werden, da das Geschäftsmodell abgekoppelt ist von industriellen Produktionsprozessen.

3. Ziele

Die längerfristige Aufgabenstellung des Unternehmens im Gesundheitswesen ist die Verbesserung und ggf. notwendige Pflege bzw. Erhaltung des individuellen Gesundheitszustandes der betreuten Menschen.

Diese Ziele werden u.a. durch medizinische Behandlungen und mittels Qualitätssicherungs- und Zertifizierungsprogrammen, ggf. in Zusammenarbeit mit Kostenträgern der Sozial- und Krankenversicherung sowie Behörden, in den Betrieben des Konzerns erarbeitet.

Die Bewertung der erreichten Ziele und Ergebnisse obliegt im Kollektiv den Kostenträgern, im Einzelfall den behandelten bzw. versorgten Personen. Durch diese extern bestehenden und durch das Unternehmen nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen ist eine wissenschaftlich belastbare unternehmenseigene Bewertung der erreichten Nachhaltigkeit der vorgenannten Ziele nicht umsetzbar.

4. Tiefe der Wertschöpfungskette

Anders als z.B. bei Industriebetrieben wird die Wertschöpfungskette in der Gesundheitsfürsorge durch die vom Gesetzgeber in getrennte organisatorisch voneinander unabhängige segmentierte Leistungsabschnitte unterteilt. Daher kann z.B. die Effizienz der Wertschöpfungskette und Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen gar nicht oder nur sehr eingeschränkt durch einzelne Unternehmen überprüft werden. Die jeweiligen medizinischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Faktoren, die in den einzelnen Stufen auftreten, können - wenn überhaupt - nur im Rahmen der allgemeinen Bewertung von Gesundheitsprozessen in der Bundesrepublik Deutschland bewertet werden.

5. Verantwortung

In den Unternehmen der Eifelhöhen-Klinik AG liegt die zentrale Verantwortung für Nachhaltigkeit bei den jeweiligen Geschäftsführungen, die auch für die Strategieüberwachung und Analyse im jeweiligen Betrieb die Verantwortung tragen.

Im Rahmen der Gesamtstrategie des Konzerns erfolgt Analyse und Festlegung der generellen Strategie durch den Vorstand der Eifelhöhen-Klinik AG, ohne dabei die den Geschäftsführungen obliegenden gesetzlichen Auflagen und Berichtspflichten für die einzelnen Gesellschaften rechtlich zu berühren.



6. Regeln und Prozesse

Die Umsetzung der allgemeinen Nachhaltigkeitsstrategie im Unternehmen wird auf den verschiedenen Funktionsebenen im Unternehmen durch Qualitätssicherungsmaßnahmen sowie durch regelmäßige Informationen von der und an die jeweilige Führungsebene gesichert.

7. Kontrolle

Leistungsvergleiche zur Überprüfung von Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Arbeit der Betriebe im Konzern – soweit das überhaupt durch unterschiedliche allgemeine und unterschiedliche medizinische Aufgabenstellungen der Betriebe (z.B. unterschiedliche Indikationen) möglich ist – erfolgen durch regelmäßige Plausibilitätsprüfungen der allgemeinen Rahmenbedingungen in den Betrieben. Ein Vergleich mit anderen branchenspezifischen externen Einrichtungen erfolgt ggf. im Einzelfall.

Hinsichtlich der Leistungsindikatoren für Verhaltens- und Ethikkodizes sowie Indikatoren für die Qualität der Lieferanten (z.B. GRI/SRS, G4 oder EFFAS) erfolgt eine Nichtanwendung, weil diese für Einrichtungen im Gesundheitswesen entweder nicht relevant oder nicht hinreichend spezifisch definiert sind.

8. Anreizsysteme

Es gibt kein Vergütungssystem im Unternehmen, in dem Nachhaltigkeitsziele bereits integriert sind oder integriert werden können. Ein solches ist zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht geplant. Festgehalt und Tantieme-Regelungen (z.B. Vergütung des Vorstandes der Eifelhöhen-Klinik AG) sind im Geschäftsbericht individuell und transparent veröffentlicht.

9. Beteiligung von Anspruchsgruppen

Im Unternehmen sind alle aufgrund der gesetzlichen Vorschriften wichtigen Anspruchsgruppen identifiziert (z.B. Betriebsrat). Ebenso erfolgt ein externer Informationsaustausch des Unternehmens auf verschiedenen fachlichen Ebenen (z.B. durch die medizinischen Leitungen und Geschäftsführungen) mit relevanten externen Interessengruppen (z.B. Verbände). Die Einbindung wichtiger Stakeholder erfolgt auf Grundlage der aktienrechtlichen Bestimmungen.

10. Innovations- und Produktmanagement

Die wesentlichen sozialen, ökologischen und spezifischen Faktoren im Geschäftsfeld des Konzerns werden durch die im Unternehmen zuständigen Verantwortlichen kontinuierlich analysiert und - soweit sinnvoll für das Unternehmen - implementiert.

Die Prüfung von Finanzanlagen, die Energieeffizienz im Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr sowie Gesamtinvestitionen in Forschung und ökologisches Design spielen dabei aufgrund des Geschäftsmodells in den Einrichtungen des Konzerns keine oder eine vollkommen untergeordnete Rolle, mit Ausnahme der Anforderungen an ein effizientes Gebäudemanagement.

Die Verbesserung der Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen für Mitarbeiter erfolgt auf der Grundlage der Beachtung von gesetzlichen Bestimmungen sowie Risikovermeidung durch Analyse und Bearbeitung konkreter Hinweise auf ein bestehendes Gefährdungspotential.

11. Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen

Unter dem Aspekt des Wesentlichkeitsprinzips sind die Auswirkungen auf die Umwelt durch den Konzern von untergeordneter Bedeutung.

Insbesondere die ökologischen Auswirkungen der Tätigkeit des Unternehmens sind weitestgehend auf die Aufgaben eines – im Rahmen des ökonomisch und technisch möglichen - effizienten Gebäudemanagements beschränkt. Aufgrund des Baujahres der Gebäude und der jeweiligen Aufgabenstellungen sind Maßnahmen individuell für jeden Standort unterschiedlich zu bewerten.

Standardisierungen im Konzern sind daher dabei kaum möglich. Wasser- und Energieverbräuche werden im Konzern standortbezogen erfasst und regelmäßig im Rahmen der ökonomisch sinnvollen Optimierungsmöglichkeiten geprüft.

12. Ressourcenmanagement

Die aktuellen Werte für den Energieverbrauch und Gesamtwasserverbrauch betragen für den Konzern im Geschäftsjahr 2017

Gas: 11.793.184 kWh

Wasser: 64.097 m³

Strom: 3.692.483 kWh



Die jeweiligen Abfallentsorgungskonzepte basieren auf Grundlagen der mit den Aufsichtsbehörden abgestimmten Vorgaben am jeweiligen Standort.

13. Klimarelevante Emissionen

Die klimarelevanten Emissionen des Unternehmens entstehen im Wesentlichen durch die Beheizung und den Betrieb der Gebäude. Es werden die jeweiligen gesetzlichen Vorschriften für den Betrieb solcher Anlagen beachtet und regelmäßig überprüft.

14. Arbeitnehmerrechte

Das Unternehmen arbeitet hinsichtlich der Arbeitnehmerrechte auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland.

15. Chancengleichheit

Die wesentliche Zielsetzung des Unternehmens für eine angemessene Bezahlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter basiert auf den Prinzipien der Gleichheit des Lohns, unabhängig von Geschlecht sowie der Dauer der individuellen Betriebszugehörigkeit. Soweit besondere Faktoren (Arbeitsmarkt, spezifische Qualifikation) zu berücksichtigen sind, erfolgen ggf. auch außertarifliche Vergütungen.

Das Unternehmen arbeitet grundsätzlich auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen, also insbesondere unter Beachtung des Diskriminierungsverbotes sowie auf der Grundlage des Grundgesetzes zur Sicherstellung der Chancengerechtigkeit und Vielfalt (Diversity).

16. Qualifizierung

Die Förderung der Mitarbeiter bei der Qualifizierung erfolgt auf Grundlage berufsspezifischer und klinikrelevanter Fortbildungsangebote.

Hinsichtlich der Vermeidung von Verletzungen, Berufskrankheiten, Ausfallzeiten erfolgen Analysen und spezifische Maßnahmen ggf. in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Betriebsräten auf der Grundlage eines Monitoring durch die Geschäftsführungen.

Die Zusammensetzung der Kontrollorgane im Konzern entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

Die Aufteilung der Mitarbeiter in Bezug auf Geschlecht zeigt einen überproportionalen Anteil von weiblichen Mitarbeitern (80%). Dies entspricht den aktuellen allgemeinen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland bei den sozialen und gesundheitsbezogenen Berufen. Eine Erfassung nach Diversitätsindikatoren oder eine Analyse von spezifischen Minderheiten (z.B. religiöse Überzeugung) erfolgt im Unternehmen grundsätzlich nicht. Die Auswahl von Bewerbern und Mitarbeitern richtet sich vielmehr nach den Vorgaben des Grundgesetzes, spezifischer nachgeordneter Gesetze (z.B. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) und objektiven Kriterien für die Wahrnehmung der jeweiligen sachbezogenen definierten Aufgabe im Unternehmen.

17. Menschenrechte

Zur Sicherstellung der Menschenrechte arbeitet das Unternehmen auf Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Bei der Beurteilung von Lieferketten ist - anders als bei Industrieprozessen - eine belastbare Prüfung von Missständen bei der Vorproduktion nicht möglich.

18. Gemeinwesen

Das Unternehmen engagiert sich an den jeweiligen Standorten auch für kulturelle und soziale Projekte, z.B. durch Veranstaltungen und Öffentlichkeitstage mit Schwerpunkt Gesundheitsbildung. Generell sind Kliniken – insbesondere in geografisch peripherer Lage – durch ihre spezifische Aufgabenstellung originärer Bestandteil des kulturellen und des sozialen Lebens an einem Standort.

19. Politische Einflussnahme

Das Unternehmen nimmt durch seine leitenden Mitarbeiter auch Einfluss auf sachbezogene Informationen von politischen Institutionen und Verbänden. Zu diesem Zweck ist das Unternehmen z.B. im Verband der privaten Krankenanstalten NRW und Bundesverband des Verbandes der Privatkliniken (VDBK) Bund Mitglied sowie in diversen Fachgesellschaften vertreten.

Parteispenden oder ähnliche Versuche zur Einflussnahme erfolgen durch das Unternehmen grundsätzlich nicht.



20. Gesetzes – und richtlinienkonformes Verhalten

Für die Compliance im Unternehmen sind primär die Geschäftsführung bzw. die ärztlichen Leitungen verantwortlich. Dabei werden sie z.B. von Qualitätssicherungsbeauftragten und auch anderen Verantwortlichen im Unternehmen unterstützt bzw. entlastet.

Da der Eifelhöhen-Klinik Konzern auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland arbeitet, ergeben sich zur Zeit für das Unternehmen keine Notwendigkeiten von speziellen Compliance-Verfahren, zusätzlich zu den bestehenden Verfahrensanweisungen zur Qualitätssicherung. Im Übrigen sind in medizinischen Bereichen, u.a. aus inhaltlichen und datenschutzrechtlichen Gründen, unternehmenseigene Compliance-Modelle nur eingeschränkt möglich und zulässig. Die Zuständigkeit externer autonomer Institutionen (z.B. Ärztekammern und Fachgesellschaften) für Leitlinien etc. beeinflussen und etablieren Standards für Compliance-Konzepte außerhalb der Kontrolle des Unternehmens.

In Kernbereichen der Verwaltung und bei wesentlichen Auftragsvergaben gilt im Konzern im Regelfall das Vier-Augen-Prinzip. Zum jetzigen Zeitpunkt und für die überschaubaren Vorjahre sind keine Korruptionsvorfälle oder ähnliche Vorgänge im Unternehmen bekannt.

Ebenso wurden keine signifikanten Bußgeldstrafen für die Nichteinhaltung von Gesetzen und Vorschriften im Berichtsjahr gegen den Eifelhöhen-Klinik Konzern verhängt.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Für das Jahr 2018 zeigt sich bei den Kostenträgern weiterhin keine vollständige Berücksichtigung der tatsächlichen Kostensteigerungen der Kliniken. Eventuelle unterjährige nominelle Pflegesatzerhöhungen werden sich voraussichtlich – wie auch in den vergangenen Jahren – lediglich im Rahmen oder unter der Grundlohnsummenentwicklung bewegen. Gleichzeitig ist durch die regionale Wettbewerbssituation ggf. eine Anpassung an die tatsächlich bezahlten Pflegesätze bzw. Fallpauschalen weiterhin notwendig.

Bei der mittelfristigen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme ist aufgrund konjunktureller und struktureller Veränderungen und Risiken in den Staatshaushalten in den nächsten Jahren bei den Vergütungen mit weiteren finanziellen Restriktionen sowie Kostensteigerungen durch qualitätsorientierte Anforderungen durch den Gesetzgeber und die Kostenträger zu rechnen.

Der Vorstand beabsichtigt daher, die bewährte Geschäftspolitik mit dem Schwerpunkt des Unternehmens im Rehamarkt durch weiteren Ausbau des anerkannten sehr hohen Qualitätsniveaus der Kliniken und ihrer Spezialisierung im Kerngeschäft zur kontinuierlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit fortzuführen. Ergänzend wird das klinische Angebot auf die zukünftigen demografischen und medizinischen Herausforderungen im Rehabilitationsmarkt verstärkt ausgerichtet, u. a. durch das Angebot von wohnortnahen ambulanten und stationären Therapieangeboten für unsere Patienten in Bonn und am Klinikstandort in Mönchengladbach.

Ergänzend erfolgt die weiterhin kontinuierliche Prüfung von Wachstumschancen im Markt, z. B. durch Akquisition weiterer Klinikstandorte und den Ausbau von telemedizinischen Angeboten.

Aufgrund der allgemeinen finanziellen Rahmenbedingungen im Euroraum kann zum heutigen Zeitpunkt, trotz der mittelfristig erwarteten positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens, langfristig eine Verschlechterung der Vermögens- und Ertragslage des Eifelhöhen-Klinik-Konzerns bei negativen Entwicklungen der Staats- und Sozialhaushalte jedoch nicht sicher ausgeschlossen werden.

Sofern sich die mittelfristigen Rahmenbedingungen der Zuweisung von Patienten in die Unternehmen der Eifelhöhen-Klinik AG durch die Kostenträger nicht wesentlich ändern, wird im Konzern ein positives operatives Ergebnis für das Geschäftsjahr 2018 erwartet.

Der Immobilienbesitz der AG wird weiterhin – mit Ausnahme des Gebäudes in Marmagen – in der GlobalMed Immobilien GmbH geführt.



Risikobericht

Allgemein

Das Risikomanagementsystem im Eifelhöhen-Klinik-Konzern basiert auf einem EDV-gestützten Analyseprogramm, in dem die Risikobeschreibung – aufgeteilt nach den einzelnen Unternehmensgesellschaften – erfolgt, um eine verbesserte spezifische Risiko einschätzung für die einzelnen Unternehmensteile vornehmen zu können. In diesem System werden die betrieblichen Risiken nach Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit auf der Grundlage von vorgegebenen Versicherungsalgorithmen skaliert. Die inhaltliche Prüfung aller bekannten Risiken erfolgt gemäß der festgesetzten individuellen Überwachungsintervalle mindestens einmal jährlich; ggf. werden notwendige Steuerungsmaßnahmen eingeleitet. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements ist der Versicherungsstatus, durch den bedeutende Risiken wie Brand, Betriebsunterbrechung, Haftung und Schadensersatzansprüche beschrieben, überwacht und zentral abgesichert werden.

Die Überwachungs- und allgemeinen Zuständigkeiten sowie die inhaltliche Beschreibung und Bewertung der Risiken sind den juristischen Vertretern der einzelnen Unternehmen zugeordnet; bei mehreren Vertretern ist der verantwortliche Vertreter für die Erstellung namentlich festgelegt.

Die allgemeinen Risiken für den Betrieb von Rehabilitationskliniken, Pflegeheimen und ambulanten Einrichtungen des Unternehmens sind durch die große Abhängigkeit von gesundheitspolitischen Entscheidungen und die Möglichkeiten der kurzfristigen Umsteuerung von Finanzmitteln durch die Kostenträger in andere Sektoren des Gesundheitsmarktes weiterhin gegeben.

Ergänzend liegt ein wesentliches Risiko des Betriebes insbesondere bei Rehabilitationskliniken in der Tatsache, dass – im Gegensatz zu den Akutkliniken – auch der Kapitalkostenanteil für Gebäudeinvestitionen zu finanzieren ist und somit unter Einbeziehung auch der Personalkosten ein erhebliches Fixkostenrisiko bei den Gesamtkosten besteht.

Bei rückläufigen Belegungen durch Veränderungen in der Finanzierung von Gesundheitsdienstleistungen durch die Kostenträger können daher kurzfristig erhebliche Erlösminderungen und Verluste entstehen, da die Reduzierung bei Personal- und Sachkosten aufgrund allgemeiner vertraglicher, gesetzlicher und tariflicher Bestimmungen in den betroffenen Unternehmen ggf. nur zeitverzögert und eingeschränkt erfolgen kann.

Die Wahrscheinlichkeit extern veranlasster Belegungsschwankungen und das Preisänderungsrisiko bei den Vergütungen – u. a. durch die laufenden Fusionsprozesse der GKV – ist im Vergleich zu den Vorjahren weitgehend gleich geblieben.

Festzustellen bleibt weiterhin ein deutlicher Kostendruck durch die Vorgaben der GKV und Rentenversicherungen als Folge der generell finanziellen Rahmenbedingungen der Sozialversicherungssysteme. Aufgrund der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der persistierenden Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa bestehen absehbar auch für das Sozialversicherungssystem in Deutschland langfristig erhebliche Risiken. Eine detaillierte Quantifizierung dieser Risiken ist jedoch aufgrund der vielfältigen einflussnehmenden Faktoren und der Komplexität des Finanz- und Gesundheitssystems auf Unternehmensebene nicht möglich.

Generell ist das Ausfallrisiko von extern bestehenden Forderungen der Unternehmen im Eifelhöhen-Klinik-Konzern eher gering, da die wesentlichen Forderungen aus klinischen Leistungen hauptsächlich gegenüber gesetzlichen und privaten Kranken- sowie Rentenversicherungen bestehen.

Bei Darlehensverpflichtungen besteht generell ein Risiko, dass finanzierende Banken ihre Darlehensbestände an Dritte abtreten.



Unternehmen und Beteiligungen

Eifelhöhen-Klinik AG

Zum 01.10.2010 ist der Klinikbetrieb in Marmagen durch Übertragung der dem Klinikbetrieb zuzuordnenden Aktiva und Passiva an eine Konzerntochter, die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, übertragen worden. Grund und Boden sowie die Klinikimmobilie wurden nicht mit übertragen.

Die Bürgschaftshöhe der Eifelhöhen-Klinik AG zum 31.12.2017 für die in diesem Zusammenhang vorgenommene Umwandlung der bisherigen Unterstützungskasse der Eifelhöhen-Klinik AG in eine Gruppenunterstützungskasse zusammen mit der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH beträgt 562 TEUR.

Die jährlichen Leistungen der Unterstützungskasse werden bis auf Weiteres für die Rentner der AG von der Eifelhöhen-Klinik AG aus Tilgungsleistungen des gewährten Darlehens erbracht.

Bei der Eifelhöhen-Klinik AG wird der Verpflichtungsüberschuss, bezogen auf das vorhandene Unterstützungskassenvermögen, zulässigerweise nur im Anhang vermerkt und nicht als Schuldposten in der Bilanz ausgewiesen. Zum 31.12.2017 liegt dieser Verpflichtungsüberschuss, berechnet nach der PUC-Methode, mit einem Zinssatz von 3,68 % (Vorjahr: 4,01 %) bei 1.274 TEUR.

Im Falle einer negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland mit ggf. steigendem Insolvenzrisiko besteht das Risiko, erhöhte Beiträge an den Pensionssicherungsverein zahlen zu müssen.

Die Eifelhöhen-Klinik AG ist Garant für die Pachtzahlungen der Kaiser-Karl-Klinik GmbH auf der Grundlage des langjährig vereinbarten Pachtvertrages mit der neuen Gebäudeeigentümerin im Rahmen des 2016 erfolgten „Sale-and-Lease-Back“-Transfers der Klinikimmobilie der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn.

Durch den kontinuierlich bestehenden Preisdruck der Kostenträger auf die Pflegesätze und Fallpauschalen besteht für die Tochtergesellschaften (Klinikbetriebe, Pflegeheim und MVZ) grundsätzlich das Risiko des schleichenden Substanzverzehr.

Die wesentlichen Risiken der Eifelhöhen-Klinik AG aus Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind wie folgt:

Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH

Bei der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH besteht weiterhin ein Standortrisiko. Die Klinik liegt zwar im Einzugsgebiet von drei Universitätskliniken, jedoch ist der Mikrostandort ohne Anbindung an die Infrastruktur eines traditionellen Kurortes wenig attraktiv. Zusätzliche Rehabilitationsangebote entstehen in den regionalen Ballungszentren. Durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen (z. B. wohnortnahe und ambulante Rehabilitation) und durch neue Versorgungsangebote von Mitbewerbern, die sich zum Teil mit den bisherigen Rehabilitationsangeboten der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH überlappen, erhöht sich am regionalen Markt der Wettbewerb.

Aufgrund einer weitgehend gedeckelten bzw. teilweise sinkenden Vergütung bei den Pflegesätzen und allgemein steigenden Kosten besteht die latente Gefahr, dass die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH die u. a. wettbewerbsmäßig notwendigen Investitionen baulicher und allgemeiner Art mittelfristig nicht mehr ausreichend aus dem vorhandenen Cashflow oder durch Darlehen bedienen kann. Ebenso müssen ggf. bestehende Vergütungsvereinbarungen mit den Kostenträgern mit der Gefahr der Erlösmin-derung an die regionale Wettbewerbssituation angepasst werden.

Ein weiteres Betriebsrisiko der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH liegt bei den mittelbaren Verpflichtungen aus der betrieblichen Unterstützungskasse. In den nächsten Jahren wird die Zahl der Rentenbezieher in der Unterstützungskasse durch altersbedingt ausscheidende Mitarbeiter des Unternehmens sukzessive anwachsen.

Bei der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH wird diese Verpflichtung abzgl. des vorhandenen Unterstützungskassenvermögens zulässigerweise nur im Anhang vermerkt und nicht als Schuldposten in der Bilanz ausgewiesen.

Zum 31.12.2017 liegt dieser Verpflichtungsüberschuss, berechnet nach der PUC-Methode, mit einem Zinssatz von 3,68 % (Vorjahr: 4,01 %) bei 2.375 TEUR.



Aatalklinik Wünnenberg GmbH und Tochtergesellschaften

Bei der 70 %igen Beteiligung an der Aatalklinik Wünnenberg GmbH ist zu beachten, dass der Anteil der von der Klinik zu erwirtschaftenden Pacht bezogen auf den Gesamtumsatz weiterhin relativ hoch ist. Ferner ist wahrscheinlich, dass in den nächsten Jahren – bedingt durch das Alter des Gebäudes (Baujahr 1996) – verstärkt Investitions- und Instandhaltungskosten u. a. durch Brandschutzmaßnahmen entstehen werden.

Die mittelbar bestehenden Darlehensverpflichtungen aus dem Pachtvertrag der Aatalklinik Wünnenberg GmbH mit einer nachgelagerten Kapitaldienstgarantie für das vom Verpächter für den Bau aufgenommene Gebäudedarlehen sind bis 2021 durch entsprechende Zinsbindungsfristen festgeschrieben. Zum 31. Dezember 2017 beträgt die mittelbar bestehende Kapitaldienstgarantie insgesamt 12 Mio. €.

Bei der Aatalklinik besteht auch im Segment der neurologischen Frührehabilitation weiterhin ein erheblicher Druck auf die zu erzielenden Pflegesätze, Fallpauschalen und die Belegung. Ebenso bewirken die Transport- und Behandlungskosten von schwer erkrankten Patienten eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung für das Unternehmen.

Weiterhin bestehen potentiell Erlösrisiken durch eventuelle Änderungen bei den Kostenbeteiligungen am Klinikaufenthalt für Privatpatienten (z. B. aufgrund Änderungen in der Beihilfeverordnung).

Im Medizinischen Versorgungszentrum Bad Wünnenberg/Südkreis Paderborn GmbH (MVZ) mit dem Schwerpunkt der ambulanten ärztlichen Versorgung – der Tochtergesellschaft der Aatalklinik Wünnenberg GmbH – bestehen weiterhin Risiken bei der Wirtschaftlichkeit durch die Rahmenbedingungen des geltenden Vergütungssystems der Kassenärztlichen Vereinigung und bei den zu erreichenden Fallzahlen. Auch ist die kontinuierliche Besetzung von Facharztsitzen durch die allgemeine Arbeitsmarktlage auf dem ärztlichen Arbeitsmarkt und die Zulassungsbestimmung für Facharztsitze weiterhin generell deutlich erschwert.

Bei der Aatalklinik Pflege GmbH bestehen die üblichen Risiken aus der Belegung und dem Betrieb von Pflegeeinrichtungen bei ansonsten stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen. Ein weiteres Risiko besteht bei der zur Zeit nicht sicher einzuschätzenden Entwicklung der zukünftigen Vergütung von Pflegekräften.

Kaiser-Karl-Klinik GmbH

Es bestehen bei der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn auch zukünftig Erlösrisiken durch den überproportionalen Anteil von Privat- und Beihilfepatienten z. B. aufgrund sich ändernder Beihilfebestimmungen sowie durch wettbewerbsbedingte externe Änderung der Belegungssteuerung, z. B. verminderte Zuweisungen von Patienten aus vorbehandelnden Akutkliniken.

Herzpark Mönchengladbach GmbH

Bei dieser Gesellschaft bestehen die üblichen Risiken der Anlaufphase einer Klinik mit ambulanten und stationären Behandlungsplätzen an einem neuen Standort. Hierbei sind insbesondere die üblichen Risiken bei der Personalgewinnung und der Akzeptanz der neuen Klinik durch Kostenträger bzw. einweisende Institutionen und Patienten zu nennen. Ebenso müssen die im Jahresabschluss der Gesellschaft zu entnehmenden Verluste aus den Anlaufjahren in den nächsten Jahren erwirtschaftet werden. Die Klinikkapazität wird voraussichtlich bis Mitte 2018 im Rahmen der geplanten stufenweisen Inbetriebnahme auf 180 Betten erweitert.

GlobalMed Immobilien GmbH

Die Gesellschaft ist im Wesentlichen von den zu erwartenden Pachtzahlungen der Herzpark Mönchengladbach GmbH abhängig. Die Risiken des Grundstücks, der Immobilien und des Baues entsprechen den üblichen Rahmenbedingungen bei der Entwicklung neuer Standorte (z. B. vertragliche Vereinbarungen, Gewährleistung, Mängelbeseitigung) und den getätigten Investitionen am Standort.

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH (GZZ)

Bei der 6%-Beteiligung am GZZ besteht seit 2007 ein erhöhtes Risiko durch die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums und der damit verbundenen mittelbaren Bürgschaftsverpflichtung der Gesellschaft.



E. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem mit Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Ziel des Internen Kontrollsystems (IKS) für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichend Sicherheit zu gewährleisten, dass Jahresabschlüsse erstellt werden, die den satzungsmäßigen und gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die Eifelhöhen-Klinik AG stellt den Konzernabschluss für die einzelnen Beteiligungen und Tochtergesellschaften auf.

Diesem Prozess vorgelagert ist die Finanzberichterstattung der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften. Beide Prozesse werden durch ein Kontrollsystem überwacht, welches sowohl die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung als auch die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen sichert.

Wesentliche Regelungen und Instrumentarien sind die

- Anwendung der gesetzlichen Bilanzierungsrichtlinien sowohl auf Konzernebene als auch in den einzelnen Konzerngesellschaften,
- klar definierte Aufgabentrennung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen bzw. Mitarbeitern,
- Einbeziehung externer Sachverständiger, soweit erforderlich, z. B. zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen,
- Verwendung geeigneter IT-Systeme,
- Berücksichtigung von im Risikomanagement erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregelungen erforderlich ist.

Alle jahresabschlussrelevanten Strukturen und Prozesse unterliegen im Rahmen der gesetzlichen Abschlussprüfung der jährlichen Überprüfung durch die jeweiligen beauftragten Wirtschaftsprüfer.

F. Vergütungsbericht

Der Vorstand der Eifelhöhen-Klinik AG besteht aus

Dr. med. Markus-Michael Küthmann (Vors.)

Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat

Die Vergütung des Vorstands setzt sich aus einem Grundgehalt und aus einer Tantieme zusammen.

Auf das Vorstandsgehalt von Herrn Dr. Küthmann werden die Bezüge, die er in der Aatalklinik Wünnenberg GmbH als Geschäftsführer erhält, in Anrechnung gebracht.

Darüber hinaus werden keine Leistungen, insbesondere Pensionszusagen, Aktienoptionen oder Kreditgewährungen durch die Gesellschaft an die Vorstandsmitglieder erbracht.



G. Angaben nach § 315a HGB

- 1) Das gezeichnete Kapital von 7.987.200,00 EUR ist eingeteilt in 3.120.000 Stückaktien ohne Nennbetrag. Das Nominalkapital je Stückaktie beträgt 2,56 EUR. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme.
- 2) Die Gesellschaft hält zum Bilanzstichtag 102.576 eigene Stückaktien, die nicht dividenden- und stimmberechtigt sind.
- 3) Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital von mehr als 10 % sind der Gesellschaft bis zum Ende der Aufstellungsphase des Lageberichts wie folgt bekannt:

Name / Firma	Direkter Anteil der Stimmrechte in %	Indirekter Anteil der Stimmrechte in %
Seniorenpflege Strandperle GmbH & Co. KG, Hamburg (vormals: SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG, Graal-Müritz)	14,72	10,37
AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, Hamburg	10,37	14,72
ARF Holding GmbH, Schloß Holte	20,03	
Bruno Fortmeier, Schloß Holte		20,03

- 4) Es gibt keine Inhaber von Aktien mit Sonderrechten.
- 5) Die am Kapital beteiligten Arbeitnehmer üben ihre Kontrollrechte unmittelbar aus.
- 6) Es gelten die gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands (§§ 84, 85 AktG) sowie für die Änderung der Satzung (§§ 133, 179 AktG).
- 7) Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 01.07.2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um einen Nennbetrag von bis zu 3.993.600 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.560.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats in folgenden Fällen ganz oder teilweise auszuschließen:
 - a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen
 - b) bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage, soweit die neuen Aktien im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen oder anderen Wirtschaftsgütern ausgegeben werden
 - c) bei einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlage, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festsetzung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung gilt jedoch nur mit der Maßgabe, dass die unter Ausnutzung dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten dürfen, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Begrenzung sind diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung im Rahmen der Ermächtigung zum Rückkauf eigener Aktien und deren Verwendung unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden.
- 8) Es gibt bei der Gesellschaft keine wesentliche Vereinbarung, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots steht.
- 9) Die Gesellschaft hat für den Fall eines Übernahmeangebots keine Entschädigungsvereinbarung mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen.



H. Erklärung zur Unternehmensführung gem. §§ 289f HGB i. V. m. 315d HGB

Effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, Achtung der Aktionärsinteressen, Offenheit und Transparenz der Unternehmenskommunikation sind wesentliche Aspekte guter Corporate Governance.

Über die Corporate Governance der Eifelhöhen-Klinik AG berichten Vorstand und Aufsichtsrat gemäß Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 7. Februar 2017 sowie gemäß § 289f HGB über die Unternehmensführung der Eifelhöhen-Klinik AG.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre nehmen ihre Rechte in der jährlichen Hauptversammlung wahr. Jeder Aktionär ist berechtigt, an der Hauptversammlung teilzunehmen. Die Hauptversammlung entscheidet über alle ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen möchten, können ihr Stimmrecht auch durch Bevollmächtigte ausüben lassen. Hierfür stehen von der Eifelhöhen-Klinik AG benannte Stimmrechtsvertreter sowie Kreditinstitute und Aktionärsvereinigungen zur Verfügung. Alle relevanten Berichte und Unterlagen stellt die Eifelhöhen-Klinik AG in ihrem Internetauftritt unter: www.eifelhoehen-klinik.ag bereit. Auf Wunsch werden die Unterlagen auch zugesandt.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Als deutsche Aktiengesellschaft unterliegt die Eifelhöhen-Klinik AG dem deutschen Aktienrecht und verfügt somit über ein duales Führungs- und Kontrollsystem. Der Vorstand übernimmt die Unternehmensleitung, dem Aufsichtsrat obliegt die Überwachungs- und Beratungsfunktion.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohl der Gesellschaft eng zusammen.

Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legt die Satzung der Eifelhöhen-Klinik AG Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats fest.

Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Der Aufsichtsrat prüft hierbei insbesondere die Sorgfalt der Entscheidungsfindung des Vorstands.

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmerischen Richtlinien zu sorgen. Er ist für ein angemessenes Risikomanagement und -controlling im Unternehmen verantwortlich.

Der Vorstand der Eifelhöhen-Klinik AG besteht aus zwei Mitgliedern. Eine Geschäftsordnung regelt die Ressortzuständigkeiten. Beide Vorstandsmitglieder sind männlich. Der Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG strebt an, den Anteil von Frauen im Vorstand bis zum 30.06.2022 auf 30 % zu erhöhen.

Altersbeschränkungen für den Vorstand bestehen nicht.



Aufsichtsrat

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand regelmäßig Kontakt, um mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens zu beraten. Für seine Arbeit hat sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung gegeben. Der Aufsichtsrat bestellt und entlässt die Mitglieder des Vorstands.

Der Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG besteht aus drei Mitgliedern. Zum Stichtag 31.12.2017 sind zwei Mitglieder als unabhängig einstuftbar.

Für den Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG besteht eine Zielgröße von 30 % für den Frauenanteil. Derzeit setzt sich der Aufsichtsrat aus zwei männlichen und einem weiblichen Mitglied zusammen.

Die Wahlperiode aller Mitglieder des Aufsichtsrats beträgt 3 Jahre. Die Wahl erfolgt in Form der Einzelwahl.

Altersbegrenzungen für den Aufsichtsrat bestehen nicht.

Aufgrund der Größe der Gesellschaft und der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung ist eine zusätzliche Bildung von Ausschüssen nicht möglich.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Hauptversammlung festgelegt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste Vergütung.

D&O-Versicherung

Die Eifelhöhen-Klinik AG hat für alle Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) ohne Selbstbehalt abgeschlossen.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Eifelhöhen-Klinik AG legt die Vergütungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat individualisiert offen bzw. ergibt sich aus § 21 der Satzung. Die Grundzüge der Vergütungssysteme und die Vergütungen sind im Vergütungsbericht, der Teil des Lageberichts ist, dargestellt.

Risikomanagement

Der verantwortungsvolle Umgang mit geschäftlichen Risiken gehört zu den Grundsätzen guter Corporate Governance. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig über bestehende Risiken und deren Entwicklung. Einzelheiten zum Risikomanagement im Eifelhöhen-Klinik-Konzern sind im Risikobericht dargestellt. Das Risikomanagementsystem wird im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.

Transparenz und Kommunikation

Über das Internet können sich alle Interessenten, Aktionäre, Finanzanalysten oder vergleichbare Adressaten zeitnah über aktuelle Entwicklungen im Konzern informieren. Sämtliche Meldungen werden auf der Internetseite der Gesellschaft publiziert.

Die geplanten Termine der wesentlich wiederkehrenden Ereignisse und Veröffentlichungen sind in einem Finanzkalender zusammengestellt, der mit ausreichendem Zeitvorlauf auf der Internetseite der Eifelhöhen-Klinik AG veröffentlicht wird.

Nach § 15a WpHG müssen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Eifelhöhen-Klinik AG sowie bestimmte Mitarbeiter mit Führungsaufgaben und die mit ihnen in enger Beziehung stehenden Personen den Erwerb und die Veräußerung von Eifelhöhen-Klinik-Aktien offenlegen. Bis zum 31.12.2017 sind der Eifelhöhen-Klinik AG folgende Meldungen bekannt.



Der Vorstandsvorsitzende hält indirekt 2,85 % der Aktien der Gesellschaft, auf den Aufsichtsrat entfallen direkt 0,06 % und indirekt 1,23 %.

Das Vorstandsmitglied, Dipl.-Oec. Herr Lothar Lotzkat, hält direkt 0,03 % der Aktien der Gesellschaft.

Rechnungslegung und Abschluss

Der Konzernabschluss der Eifelhöhen-Klinik AG wurde auf der Grundlage des § 315e HGB in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Accounting Standards Board (IASB), wie von der Europäischen Union (EU) übernommen, aufgestellt.

Während des Geschäftsjahres werden Anteilseigner und Dritte zusätzlich durch den Halbjahresfinanzbericht unterrichtet.

Es bestehen keine Aktienoptionsprogramme oder ähnlich wertpapierorientierte Anreizsysteme.

Eine Aufstellung des Anteilsbesitzes erfolgt im Konzernabschluss.

Für das Geschäftsjahr 2017 hat der Aufsichtsrat die Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung Kurt Heller GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Köln, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer bestellt.

Mit dem Abschlussprüfer hat die Eifelhöhen-Klinik AG die nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex erforderlichen Vereinbarungen zur Durchführung der Abschlussprüfung getroffen.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 10.07.2017 eine aktualisierte Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben. Die Erklärung wurde der Öffentlichkeit auf der Internetseite der Eifelhöhen-Klinik AG dauerhaft zugänglich gemacht:

Entsprechenserklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 7. Februar 2017.

Vorstand und Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG erklären in der Fassung vom 10.07.2017, dass sie die Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 AktG angewendet haben.

Nicht angewendet wurden und werden die folgenden Empfehlungen:

1. D&O-Versicherung – Selbstbehalt (Ziffer 3.8)

„In einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat soll ein entsprechender Selbstbehalt vereinbart werden.“

Im Kodex in der Fassung 2017 wird die Vereinbarung eines Selbstbehalts für die D&O-Versicherung von Aufsichtsratsmitgliedern empfohlen, während der Selbstbehalt bei Abschluss einer D&O-Versicherung für Vorstandsmitglieder gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Vereinbarung eines Selbstbehalts ist nach Auffassung der Gesellschaft nicht geeignet, die Motivation und Verantwortung zu verbessern, mit denen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats die ihnen übertragenen Aufgaben und Funktionen wahrnehmen. Die bestehende D&O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats sieht daher in Abweichung von Ziffer 3.8 des Kodex keinen Selbstbehalt vor. Die Gesellschaft wird aus vorgenannten Gründen auch künftig keinen Selbstbehalt für die D&O-Versicherung von Aufsichtsräten vereinbaren.



2. Aufgaben und Zuständigkeiten des Vorstands (Ziffer 4.1)

Der Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Vorstand Beschäftigten auf geeignete Weise die Möglichkeit einräumen soll, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße im Unternehmen zu geben; auch Dritten soll diese Möglichkeit eingeräumt werden. (Ziffer 4.1.3)

Es gibt keine Beschäftigten unterhalb der Vorstandsebene. Für Dritte besteht die Möglichkeit im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen Hinweise zu geben.

„Für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands legt der Vorstand Zielgrößen fest.“ (Ziffer 4.1.5)

Der Eifelhöhen-Klinik AG gehören als reine Holdinggesellschaft nur die Vorstandsmitglieder an. Es gibt keine weiteren Führungsebenen.

3. Altersbegrenzung für Vorstände (Ziffer 5.1.2)

Ein Höchstalter für die Mitgliedschaft im Vorstand ist nicht vorgesehen. Die kompetente Arbeit von erfahrenen Vorstandsmitgliedern soll auch zukünftig, unabhängig von ihrem Alter, die Entwicklung der Gesellschaft positiv beeinflussen können. Eine Altersbegrenzung wird derzeit unter Berücksichtigung des Diskriminierungsverbotes als nicht opportun angesehen.

4. Bildung von Ausschüssen im Aufsichtsrat (Ziffer 5.3)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse sowie einen Prüfungs- und einen Nominierungsausschuss bilden soll.

Aufgrund der Größe der Gesellschaft und der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist eine zusätzliche Bildung von Ausschüssen nicht möglich.

5. Ziele für die Zusammensetzung sowie eine Altersgrenze für den Aufsichtsrat (Ziffer 5.4.1)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennt und für Aufsichtsratsmitglieder eine Altersgrenze und eine Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer im Aufsichtsrat festlegt.

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist zurzeit eine konkrete Zielsetzung für die Zusammensetzung nicht erforderlich.

Ein Höchstalter für die Mitgliedschaft und eine Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer im Aufsichtsrat ist nicht vorgesehen. Der kompetente Rat unserer erfahrenen Aufsichtsräte soll auch zukünftig, unabhängig von ihrem Alter, die Entwicklung der Gesellschaft positiv beeinflussen. Eine Altersbegrenzung wird derzeit unter Berücksichtigung des Diskriminierungsverbotes als nicht opportun angesehen.

Der Aufsichtsrat erachtet die auf der Homepage der Eifelhöhen-Klinik AG veröffentlichten Informationen über das Kompetenzprofil des Gesamtgremiums und über die Aufsichtsratsmitglieder und ggf. Kandidaten als ausreichend.



6. Veröffentlichung des Jahresabschlusses (Ziffer 7.1.2)

„Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sollen binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die verpflichtenden unterjährigen Finanzinformationen sollen binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums öffentlich zugänglich sein.“

Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts erfolgt innerhalb von vier Monaten nach Ende des Geschäftsjahres. Der Halbjahresfinanzbericht wird spätestens drei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums veröffentlicht. Die Eifelhöhen-Klinik AG folgt damit den gesetzlichen Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes.

Bonn, 10.07.2017
Eifelhöhen-Klinik AG

Der Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Küthmann (Vors.), Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat

Der Aufsichtsrat

Dipl.-Oec. Karsten Leue (Vors.) / RA Doris Mücke / Dipl.-Oec., Ing. Sigurd Roch

Bonn, 13.04.2018
Eifelhöhen-Klinik AG

Der Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Küthmann Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat

Dr. med. Markus-Michael Küthmann
- Vorsitzender -

Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat

KONZERNABSCHLUSS 2017

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	31
Konzernbilanz	32
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	33
Konzern-Kapitalflussrechnung	34
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	35
Konzernanhang	36
I. Allgemeine Angaben	36
II. Konsolidierungskreis	36
III. Konsolidierungsgrundsätze	37
IV. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	38
V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	49
1. Umsatzerlöse	49
2. Sonstige betriebliche Erträge	49
3. Materialaufwand	49
4. Personalaufwand	49
5. Abschreibungen	49
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	50
7. Finanzerträge und -aufwendungen	50
8. Ertragsteuern	50
9. Anteile ohne beherrschenden Einfluss	52
10. Ergebnis je Aktie	52
VI. Erläuterungen zur Bilanz	53
11. Immaterielle Vermögenswerte	53
12. Sachanlagen	54
13. Aufstellung des Anteilsbesitzes	55
14. Finanzielle Vermögenswerte	56
15. Sonstige Vermögenswerte	56
16. Latente Steueransprüche/Latente Steuerverbindlichkeiten	57
17. Vorratsvermögen	58
18. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58
19. Laufende Ertragsteueransprüche	58
20. Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente	59
21. Gezeichnetes Kapital und eigene Anteile	59
22. Ausgeschüttete und vorgeschlagene Dividenden	59
23. Rücklagen	59
24. Anteile ohne beherrschenden Einfluss	59
25. Rückstellungen (langfristig)	60
26. Finanzverbindlichkeiten	64
27. Abgegrenzte Zuwendungen der öffentlichen Hand	64
28. kurzfristige Rückstellungen	64
29. Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten	65
30. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65
31. Kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten	65
VII. Sonstige Erläuterungen und Angaben	66
32. Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	66
33. Segmentberichterstattung	67
34. Haftungsverhältnisse	67
35. Sonstige finanzielle Verpflichtungen	67
36. Kapitalmanagement	68
37. Management der finanzwirtschaftlichen Risiken	68
38. Zusätzliche Angaben zu Finanzinstrumenten in der Bilanz	69
39. Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	72
40. Vorstand und Aufsichtsrat	72
41. Beschäftigte	73
42. Honorar für den Abschlussprüfer	73
43. Erklärung zum Corporate Governance Kodex	74
44. Angaben nach WpHG	74
45. Ereignisse nach der Berichtsperiode	75
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	76
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	77

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn

	Anhang- angaben	EUR	2017 EUR	2016 EUR
1. Umsatzerlöse	(1)		46.939.871,60	47.778.285,55
2. Sonstige betriebliche Erträge	(2)		3.046.805,95	8.266.570,61
3. Materialaufwand	(3)			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren		-1.901.554,28		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-6.131.428,69	-8.032.982,97	-8.091.136,17
4. Personalaufwand	(4)			
a) Löhne und Gehälter		-23.374.703,71		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-4.512.979,28	-27.887.682,99	-27.974.761,80
5. Abschreibungen	(5)			
– auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			-1.949.305,18	-1.978.426,61
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)		-11.503.927,62	-11.234.233,21
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Finanzerträge	(7)		24.758,62	8.803,45
8. Zinsen und ähnliche Finanzaufwendungen	(7)		-631.016,92	-904.803,56
9. Ergebnis vor Steuern			6.520,49	5.870.298,26
10. Ertragsteuern	(8)		-92.602,01	-1.156.288,35
11. Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss			-86.081,52	4.714.009,91
12. Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	(9)		-28.318,63	-204.877,88
13. Konzernverlust/-gewinn			-114.400,15	4.509.132,03
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			1.237.143,84	1.803.393,95
15. Ausschüttung			-1.237.143,84	0,00
16. Entnahme aus / Einstellung in Gewinnrücklagen			493.002,13	-5.075.382,14
17. Konzernbilanzgewinn			378.601,98	1.237.143,84
Ergebnis je Aktie	(10)			
unverwässert			-0,04	1,49
verwässert			-0,04	1,49

KONZERNBILANZ

zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

	Anhang- angaben	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
A. Langfristige Vermögenswerte			
1. Immaterielle Vermögenswerte	(11)	260.389,00	153.782,00
2. Sachanlagen	(12)	38.451.618,08	33.003.663,95
3. Finanzielle Vermögenswerte	(14)	501,00	502,00
4. Latente Steueransprüche	(16)	1.405.000,00	1.345.600,00
Summe langfristige Vermögenswerte		40.117.508,08	34.503.547,95
B. Kurzfristige Vermögenswerte			
1. Vorratsvermögen	(17)	175.871,24	173.020,12
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(18)	6.106.156,26	5.770.056,77
3. Laufende Ertragsteueransprüche	(19)	333.823,04	892.675,71
4. Zahlungsmittel und Zahlungäquivalente	(20)	13.729.366,75	16.087.086,42
5. Sonstige Vermögenswerte	(15)	185.575,82	325.186,54
Summe kurzfristige Vermögenswerte		20.530.793,11	23.248.025,56

BILANZSUMME

60.648.301,19

57.751.573,51

Passivseite

	Anhang- angaben	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
A. Eigenkapital			
1. Gezeichnetes Kapital	(21)	7.987.200,00	7.987.200,00
2. Rücklagen			
a) Kapitalrücklage	(23)	3.253.965,40	3.253.965,40
b) gesetzliche Rücklage	(23)	100.782,79	100.782,79
c) andere Gewinnrücklagen	(23)	5.812.536,87	5.934.254,00
3. Konzernbilanzgewinn	(22)	378.601,98	1.237.143,84
4. Eigene Anteile	(21)	-316.341,66	-316.341,66
5. Anteile ohne beherrschenden Einfluss	(24)	486.797,58	458.478,95
Summe Eigenkapital		17.703.542,96	18.655.483,32
B. Langfristige Schulden			
1. Rückstellungen	(25)	10.389.090,35	10.922.914,35
2. Finanzverbindlichkeiten	(26)	19.448.517,53	16.583.458,56
3. Abgegrenzte Zuwendungen der öffentlichen Hand	(27)	152.306,00	158.185,00
4. Latente Steuerverbindlichkeiten	(16)	2.033.200,00	2.120.100,00
Summe langfristige Schulden		32.023.113,88	29.784.657,91
C. Kurzfristige Schulden			
1. Rückstellungen	(28)	407.000,00	0,00
2. Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten	(29)	142.477,52	268.844,22
3. Finanzverbindlichkeiten	(26)	5.837.878,94	4.552.562,47
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	(30)	1.895.005,39	1.551.108,95
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(31)	2.639.282,50	2.938.916,64
Summe kurzfristige Schulden		10.921.644,35	9.311.432,28

BILANZSUMME

60.648.301,19

57.751.573,51

KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG

für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang- angaben	2017 EUR	2016 EUR
Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss		-86.081,52	4.714.009,91
davon entfallend auf			
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	(24)	28.318,63	204.877,88
Aktionäre der Eifelhöhen-Klinik AG		-114.400,15	4.509.132,03
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste			
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste vor Steuern	(25)	465.285,00	-1.113.633,00
Latente Steuern		-94.000,00	256.000,00
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nach Steuern		371.285,00	-857.633,00
Nicht reklassifizierbare Gewinne und Verluste nach Steuern		371.285,00	-857.633,00
Cashflow Hedges			
Marktwertänderung Finanzderivate		0,00	127.000,00
Latente Steuern Finanzderivate		0,00	-20.100,00
Veränderung des im Eigenkapital erfassten Betrags (Cashflow Hedges)		0,00	106.900,00
Reklassifizierbare Gewinne und Verluste nach Steuern		0,00	106.900,00
Sonstiges Ergebnis vor Steuern		465.285,00	-986.633,00
Latente Steuern auf das Sonstige Ergebnis		-94.000,00	235.900,00
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		371.285,00	-750.733,00
Summe der im Eigenkapital erfassten Wertänderungen		371.285,00	-750.733,00
davon entfallend auf			
Aktionäre der Eifelhöhen-Klinik AG		371.285,00	-750.733,00
Gesamtergebnis aus Konzernjahresfehlbetrag (-überschuss) und im Eigenkapital erfasster Wertänderungen der Periode		285.203,48	3.963.276,91
davon entfallend auf			
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		28.318,63	204.877,88
Aktionäre der Eifelhöhen-Klinik AG		256.884,85	3.758.399,03

KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang- angaben	2017 TEUR	2016 TEUR
Konzernergebnis vor Anteilen Dritter		-86	+4.714
+ Abschreibungen Sachanlagen	(12)	+1.820	+1.925
+ Abschreibungen und Wertminderungen immaterielle Vermögensgegenstände	(11)	+129	+53
-/+ Ergebnis aus dem Abgang von Anlagegegenständen		-3	-5.459
+ Veränderung der Vorräte	(17)	-3	+12
-/+ Veränderung der Forderungen	(15) (16) (18) (19)	+304	-2.430
+/- Veränderung der Verbindlichkeiten	(27) (29) (30) (31) (16)	-175	+2.174
+/- Veränderung der Rückstellungen	(23) (25) (28)	+56	+30
- Finanzerträge	(7)	-25	-9
+ Finanzaufwendungen	(7)	+631	+905
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		+2.648	+1.915
+ Erhaltene Zinsen	(7)	+25	+9
- Gezahlte Zinsen	(7)	-443	-729
= Netto-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (I.)		+2.230	+1.195
+ Einzahlungen aus dem Verkauf von Sachanlagen		+12	+27.523
- Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	(11)	-236	-80
- Investitionen in Sachanlagen	(12)	-7.277	-2.332
= Cashflow aus Investitionstätigkeit (II.)		-7.501	+25.111
+ Auszahlung an Unternehmenseigner	(26)	-1.237	+0
+ Veränderung der Finanzschulden	(26)	+3.270	-5.431
- Veränderung besicherte Bankguthaben	(20)	-4.603	0
= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (III.)		-2.570	-5.431
Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe I. + II. + III.)		-7.841	+20.875
Finanzmittelfonds am Beginn der Periode		+12.351	-8.524
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		+4.510	+12.351

Die Zusammensetzung des Finanzmittelfonds und dessen Veränderung ergeben sich aus nachfolgender Übersicht:

	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR	Veränderung TEUR
Liquide Mittel (Angabe 20)	13.729	16.087	-2.358
davon zur Darlehenssicherung verpfändete Bankguthaben	-4.603	0	-4.603
Kontokorrentkredite bei Banken (Angabe 26)	-4.616	-3.736	-880
Finanzmittelfonds	4.510	12.351	-7.841

KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gesetzliche Rücklagen	Andere Konzern-gewinnrücklagen	Rücklage für Cashflow-Hedges	Konzernbilanz-gewinn	Eigene Anteile	Anteile der Aktionäre der EHK AG	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Konzern-eigenkapital Gesamt
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2016	7.987.200,00	3.253.965,40	100.782,79	4.167.895,86	-106.900,00	1.803.393,95	-316.341,66	14.438.605,34	253.601,07	14.692.206,41
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	127.000,00	0,00	0,00	-986.633,00	0,00	-986.633,00
Direkt mit dem Eigenkapital verrechnete latente Steuerposition	0,00	0,00	0,00	0,00	-20.100,00	0,00	0,00	235.900,00	0,00	235.900,00
Summe des direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisses (sonstiges Ergebnis)	0,00	0,00	0,00	0,00	106.900,00	0,00	0,00	-750.733,00	0,00	-750.733,00
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.509.132,03	0,00	4.509.132,03	204.877,88	4.714.009,91
Gesamtergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	106.900,00	4.509.132,03	0,00	3.758.399,03	204.877,88	3.963.276,91
Veräußerung eigene Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Dividendenzahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einstellung in Rücklagen durch HV	0,00	0,00	0,00	1.803.393,95	0,00	-1.803.393,95	0,00	0,00	0,00	0,00
Einstellung in Rücklagen	0,00	0,00	0,00	3.271.988,19	0,00	-3.271.988,19	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand 31.12.2016	7.987.200,00	3.253.965,40	100.782,79	9.243.278,00	0,00	1.237.143,84	-316.341,66	18.197.004,37	458.478,95	18.655.483,32
Stand 01.01.2017	7.987.200,00	3.253.965,40	100.782,79	9.243.278,00	0,00	1.237.143,84	-316.341,66	18.197.004,37	458.478,95	18.655.483,32
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	465.285,00	0,00	465.285,00
Direkt mit dem Eigenkapital verrechnete latente Steuerposition	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-94.000,00	0,00	-94.000,00
Summe des direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisses (sonstiges Ergebnis)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	371.285,00	0,00	371.285,00
Konzernjahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-114.400,15	0,00	-114.400,15	28.318,63	-86.081,52
Gesamtergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-114.400,15	0,00	256.884,85	28.318,63	285.203,48
Veräußerung eigene Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Dividendenzahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.237.143,84	0,00	-1.237.143,84	0,00	-1.237.143,84
Einstellung in Rücklagen durch HV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Eritnahme aus Rücklagen	0,00	0,00	0,00	-493.002,13	0,00	493.002,13	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand 31.12.2017	7.987.200,00	3.253.965,40	100.782,79	8.750.275,87	0,00	378.601,98	-316.341,66	17.216.745,38	486.797,58	17.703.542,96

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2017

I. Allgemeine Angaben

Die Geschäftstätigkeit der Eifelhöhen-Klinik AG (EHK AG) mit Sitz in Bonn besteht in der Errichtung, dem Betrieb und der Beratung von Krankenhäusern, Kur-, Diagnostik- und Therapieeinrichtungen jeder Art sowie von verbundenen Einrichtungen, der Beteiligung an den genannten Einrichtungen, der Verwaltung von Grundbesitz und der Herstellung von Medizinprodukten und Arzneimitteln sowie der Beteiligung an Unternehmen, die dies betreiben.

Der Konzernabschluss der börsennotierten Eifelhöhen-Klinik AG zum 31. Dezember 2017 wurde auf der Grundlage des § 315e HGB in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Accounting Standards Board (IASB), wie von der Europäischen Union (EU) übernommen, aufgestellt.

Der Konzernabschluss wurde mit Ausnahme der Neubewertung von Finanzinstrumenten auf Grundlage der historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten aufgestellt. Diese basieren im Allgemeinen auf dem beizulegenden Zeitwert der im Austausch für den Vermögenswert entrichteten Gegenleistung.

Für die Bilanzierung, Bewertung und den Ausweis im Konzernabschluss 2017 haben wir hierzu die am Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) vollständig und uneingeschränkt angewendet. Gemäß § 315e Abs. 1 HGB wurden die ergänzenden Anhangangaben nach §§ 313, 314 HGB gemacht.

II. Konsolidierungskreis

Konzernobergesellschaft ist die Eifelhöhen-Klinik AG mit Sitz in Bonn, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichtes Bonn unter HRB Nr. 8060.

Neben der Eifelhöhen-Klinik AG sind die Tochterunternehmen Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, GlobalMed Immobilien GmbH, Kaiser-Karl-Klinik GmbH, GlobalMANAGEMENT GmbH, GlobalMedConsult GmbH i. G., Herzpark Mönchengladbach GmbH mit ihrer Tochtergesellschaft Herzzetz Rheinland gemeinnützige GmbH sowie Aatalklinik Wünnenberg GmbH mit drei Tochtergesellschaften im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Auf Grundlage des Gesellschaftsvertrages vom 28. November 2017 wurde die GlobalMedConsult GmbH i. G. als hundertprozentige Tochtergesellschaft errichtet. Die Eifelhöhen-Klinik AG ist neben der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH Trägerunternehmen der Eifelhöhen-Klinik-Unterstützungskasse e.V. Das Vermögen der Eifelhöhen-Klinik Unterstützungskasse e.V. erfüllt die Voraussetzungen von IAS 19 als Planvermögen.

Bei den voll einbezogenen Unternehmen sind die Tatbestände erfüllt, dass die Muttergesellschaft unmittelbar oder mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte verfügt.

Angaben zum Anteilsbesitz sind im Anhang (Angabe 13) aufgeführt.

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Eifelhöhen-Klinik AG stellt ihren Konzernabschluss in Euro (EUR) auf. Sofern nichts anderes angegeben ist, werden sämtliche Werte entsprechend kaufmännischer Rundung auf Tausend (TEUR) auf- oder abgerundet.

Die Konsolidierung eines Tochterunternehmens beginnt an dem Tag, an dem der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen erlangt. Sie endet, wenn der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen verliert. Eine Beherrschung liegt vor, wenn der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf schwankende Renditen aus seinem Engagement bei dem Teiligungsunternehmen hat und er seine Verfügungsgewalt über das Teiligungsunternehmen auch dazu einsetzen kann, diese Renditen zu beeinflussen. Insbesondere beherrscht der Konzern ein Teiligungsunternehmen dann, und nur dann, wenn er alle nachfolgenden Eigenschaften besitzt:

- die Verfügungsgewalt über das Teiligungsunternehmen (d. h. der Konzern hat aufgrund aktuell bestehender Rechte die Möglichkeit, diejenigen Aktivitäten des Teiligungsunternehmens zu steuern, die einen wesentlichen Einfluss auf dessen Rendite haben)
- eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf schwankende Renditen aus seinem Engagement in dem Teiligungsunternehmen und
- die Fähigkeit, seine Verfügungsgewalt über das Teiligungsunternehmen dergestalt zu nutzen, dass dadurch die Rendite des Teiligungsunternehmens beeinflusst wird.

Besitzt der Konzern keine Mehrheit der Stimmrechte oder damit vergleichbarer Rechte an einem Teiligungsunternehmen, berücksichtigt er bei der Beurteilung, ob er die Verfügungsgewalt an diesem Teiligungsunternehmen hat, alle relevanten Sachverhalte und Umstände. Hierzu zählen u. a.

- eine vertragliche Vereinbarung mit den anderen Stimmberechtigten
- Rechte, die aus anderen vertraglichen Vereinbarungen resultieren
- Stimmrechte und potenzielle Stimmrechte des Konzerns

Ergeben sich aus Sachverhalten und Umständen Hinweise, dass sich eines oder mehrere der drei Beherrschungselemente verändert haben, muss der Konzern erneut prüfen, ob er ein Teiligungsunternehmen beherrscht. Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen eines Tochterunternehmens, das während des Berichtszeitraums erworben oder veräußert wurde, werden ab dem Tag, an dem der Konzern die Beherrschung über das Tochterunternehmen erlangt, bis zu dem Tag, an dem die Beherrschung endet, im Konzernabschluss erfasst.

Der Gewinn oder Verlust und jeder Bestandteil des sonstigen Ergebnisses werden Inhabern von Anteilen des Mutterunternehmens und den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zugerechnet, selbst wenn dies zu einem negativen Saldo der Anteile ohne beherrschenden Einfluss führt. Bei Bedarf werden Anpassungen an den Abschlüssen von Tochterunternehmen vorgenommen, um deren Rechnungslegungsmethoden an die des Konzerns anzugleichen. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden zum gleichen Bilanzstichtag aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens. Alle konzerninternen Vermögenswerte und Schulden, Eigenkapital, Erträge und Aufwendungen, unrealisierte Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen, Dividenden sowie Zahlungsströme aus Geschäftsvorfällen, die zwischen Konzernunternehmen stattfinden, werden bei der Konsolidierung vollständig eliminiert. Sofern sich durch Wertansätze nach IFRS oder aus Konsolidierungsmethoden temporäre Differenzen zwischen IFRS-Konzern-Wert und dem Wertansatz in der Steuerbilanz ergeben, werden latente Steuern entsprechend der „Liability-Methode“ aktiviert oder passiviert.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert. Verliert das Mutterunternehmen die Beherrschung über ein Tochterunternehmen, so werden folgende Schritte durchgeführt:

- Ausbuchung der Vermögenswerte (einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert) und der Schulden des Tochterunternehmens
- Ausbuchung des Buchwerts der Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen
- Ausbuchung der im Eigenkapital erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen
- Erfassung des beizulegenden Zeitwerts der erhaltenen Gegenleistung
- Erfassung des beizulegenden Zeitwerts der verbleibenden Beteiligung
- Erfassung der Ergebnisüberschüsse bzw. -fehlbeträge in der Gewinn- und Verlustrechnung

- Umgliederung der auf das Mutterunternehmen entfallenden Bestandteile des sonstigen Ergebnisses in die Gewinn- und Verlustrechnung oder in die Gewinnrücklagen, wie es erforderlich wäre, wenn der Konzern die entsprechenden Vermögenswerte oder Schulden direkt veräußert hätte.

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss sind in der Konzernbilanz innerhalb des Eigenkapitals getrennt vom Eigenkapital des Mutterunternehmens ausgewiesen. Anteile ohne beherrschenden Einfluss am Konzernergebnis werden gesondert angegeben.

IV. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen grundsätzlich den im Vorjahr angewandten Methoden. Seit dem 1. Januar 2017 sind die nachfolgend aufgelisteten neuen und überarbeiteten Standards und Interpretationen verbindlich anzuwenden:

Standard/Interpretation	Bezeichnung
Änderung zu IAS 7	Offenlegungsinitiative
Änderung zu IAS 12	Klarstellung der Bilanzierung latenter Steueransprüche aus unrealisierten Verlusten bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten
Verbesserungen zu IFRS (2014-2016)	Änderungen an IFRS 12

Aus den im aktuellen Geschäftsjahr erstmals anzuwendenden Rechnungslegungsnormen ergeben sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage keine wesentlichen Auswirkungen.

Im Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2017 wurden folgende, vom IASB bereits verabschiedete, neue bzw. geänderte Rechnungslegungsnormen nicht berücksichtigt, weil eine Verpflichtung zur Anwendung noch nicht gegeben war.

Standard/Interpretation	Bezeichnung	Anwendungspflicht ¹⁾	Voraussichtliche Auswirkungen
Änderung IAS 19	Änderungen in Bezug auf Planänderungen, -kürzungen oder -abgeltungen	ab dem 1. Januar 2019	Keine wesentlichen
Änderung zu IAS 28	Änderungen in Bezug auf langfristige Beteiligungen	ab dem 1. Januar 2019	Keine wesentlichen
Änderung zu IAS 40	Änderungen in Bezug auf Übertragungen von als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	ab dem 1. Januar 2018	Keine
Änderung zu IFRS 2	Änderungen zur Klarstellung der Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung	ab dem 1. Januar 2018	Keine
Änderungen zu IFRS 4	Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente nach IFRS 4 Versicherungsverträge	ab dem 1. Januar 2018	Keine
IFRS 9	Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung	ab dem 1. Januar 2018	Veränderte Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten
Änderungen zu IFRS 9	Änderungen in Bezug auf Vorfälligkeitsoptionen	ab dem 1. Januar 2019	Keine
Änderungen zu IFRS 10 und IAS 28	Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture	Auf unbestimmte Zeit verschoben	Keine
IFRS 15	Erlöse aus Verträgen mit Kunden	ab dem 1. Januar 2018	Veränderte Darstellungs- und Angabevorschriften, keine wesentlichen Auswirkungen auf die Erfassung von Erlösen.
IFRS 16	Leasingverhältnisse	ab dem 1. Januar 2019	Siehe unten
IFRS 17	Versicherungsverträge	ab dem 1. Januar 2021	Keine
Verbesserungen zu IFRS (2014-2016)	Änderungen an IFRS 1, IAS 28	ab dem 1. Januar 2018	Keine
Verbesserungen zu IFRS (2015-2017)	Änderungen an IFRS 3, IFRS 11, IAS 12, IAS 23	ab dem 1. Januar 2019	Keine
IFRIC 22	Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen	ab dem 1. Januar 2018	Keine
IFRIC 23	Unsicherheit bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung	ab dem 1. Januar 2019	Keine wesentlichen

¹⁾ Zeitpunkt des Inkrafttretens gemäß den Angaben in der jeweiligen Verlautbarung des IASB/IFRIC. Sofern nichts anderes angegeben ist, sind die Verlautbarungen erstmals in der Berichtsperiode anzuwenden, die am oder nach dem oben angegebenen Zeitpunkt beginnt.

IFRS 16 Leasingverhältnisse

IFRS 16 wurde im Januar 2016 veröffentlicht und ersetzt IAS 17 Leasingverhältnisse, IFRIC 4 Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, SIC-15 Operating-Leasingverhältnisse – Anreize und SIC-27 Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen.

IFRS 16 legt die Grundsätze für Ansatz, Bewertung, Darstellung und Angabepflichten bezüglich von Leasingverhältnissen fest und verpflichtet Leasingnehmer, alle Leasingverhältnisse nach einem einzigen Modell ähnlich der Bilanzierung von Finanzie-

rungsleasingverhältnissen nach IAS 17 zu erfassen. Der neue Standard enthält zwei Ausnahmen von der Pflicht zur bilanziellen Erfassung für Leasingnehmer: Leasingverträge über geringwertige Vermögenswerte (z.B. PCs) und kurzfristige Leasingverhältnisse (d.h. Leasingverhältnisse mit einer Laufzeit von maximal 12 Monaten). Zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst der Leasingnehmer eine Verbindlichkeit zur Leistung von Leasingzahlungen (d.h. die Leasingverbindlichkeit) sowie einen Vermögenswert für das gewährte Recht, den Leasinggegenstand während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu nutzen (d.h. das Nutzungsrecht am Leasinggegenstand). Leasingnehmer müssen den Zinsaufwand für die Leasingverbindlichkeit und den Abschreibungsaufwand für das Nutzungsrecht am Leasinggegenstand gesondert erfassen. Zudem müssen Leasingnehmer bei Eintritt bestimmter Ereignisse (z.B. Laufzeitänderung des Leasingverhältnisses oder Änderungen künftiger Leasingzahlungen infolge einer Änderung des für die Bestimmung der Leasingzahlungen verwendeten Index oder Zinssatzes) eine Neubewertung der Leasingverbindlichkeit vornehmen. Den Betrag der Neubewertung der Leasingverbindlichkeit werden Leasingnehmer im Allgemeinen als Anpassung des Nutzungsrechts am Leasinggegenstand erfassen.

Für Leasinggeber werden sich durch IFRS 16 bei der Bilanzierung im Wesentlichen keine Änderungen gegenüber dem derzeit gültigen IAS 17 ergeben. Sie werden alle Leasingverhältnisse auch künftig nach den Klassifizierungsgrundsätzen des IAS 17 einstufen und zwischen zwei Arten von Leasingverhältnissen unterscheiden: Operating-Leasingverhältnisse und Finanzierungsleasingverhältnisse.

IFRS 16 verpflichtet Leasingnehmer und Leasinggeber im Vergleich zu IAS 17 zu ausführlicheren Angaben.

IFRS 16 ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, darf aber erst dann erfolgen, wenn das Unternehmen auch IFRS 15 anwendet. Leasingnehmer können bei der erstmaligen Anwendung des neuen Standards entweder einen vollständigen oder einen modifizierten rückwirkenden Ansatz wählen. Die Übergangsvorschriften für IFRS 16 räumen bestimmte Übergangserleichterungen ein.

Da der Konzern die Auswirkungen der künftigen erstmaligen Anwendung von IFRS 16 noch nicht abschließend quantifiziert hat, wird auf die Darstellung von quantitativen Informationen zu den möglichen Auswirkungen des Standards verzichtet. Der Konzern wird 2018 weiterhin die möglichen Auswirkungen von IFRS 16 auf den Konzernabschluss beurteilen.

Zur Verbesserung der Klarheit sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz einzelne Posten zusammengefasst, die im Anhang erläutert werden.

Klassifizierung in kurzfristig und langfristig

Der Konzern gliedert seine Vermögenswerte und Schulden in der Bilanz in kurz- und langfristige Vermögenswerte bzw. Schulden. Ein Vermögenswert ist als kurzfristig einzustufen, wenn

- die Realisierung des Vermögenswerts innerhalb des normalen Geschäftszyklus erwartet wird oder der Vermögenswert zum Verkauf oder Verbrauch innerhalb dieses Zeitraums gehalten wird
- der Vermögenswert primär für Handelszwecke gehalten wird
- die Realisierung des Vermögenswerts innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag erwartet wird
- es sich um Zahlungsmittel oder Zahlungsmitteläquivalente handelt, es sei denn, der Tausch oder die Nutzung des Vermögenswerts zur Erfüllung einer Verpflichtung sind für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag eingeschränkt.

Alle anderen Vermögenswerte werden als langfristig eingestuft.

Eine Schuld ist als kurzfristig einzustufen, wenn

- die Erfüllung der Schuld innerhalb des normalen Geschäftszyklus erwartet wird
- die Schuld primär für Handelszwecke gehalten wird
- die Erfüllung der Schuld innerhalb von zwölf Monaten nach dem Abschlussstichtag erwartet wird
- das Unternehmen kein uneingeschränktes Recht zur Verschiebung der Erfüllung der Schuld um mindestens zwölf Monate nach dem Abschlussstichtag hat.

Alle anderen Schulden werden als langfristig eingestuft.

Latente Steueransprüche und -schulden werden als langfristige Vermögenswerte bzw. Schulden eingestuft.

Bemessung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern bewertet Finanzinstrumente, beispielsweise Derivate, und nicht-finanzielle Vermögenswerte zu jedem Abschlussstichtag mit dem beizulegenden Zeitwert. Die beizulegenden Zeitwerte von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten sind in Angabe 38 aufgeführt.

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde. Bei der Bemessung des beizulegenden Zeitwerts wird davon ausgegangen, dass der Geschäftsvorfall, in dessen Rahmen der Verkauf des Vermögenswerts oder die Übertragung der Schuld erfolgt, entweder auf dem

- Hauptmarkt für den Vermögenswert oder die Schuld oder
- vorteilhaftesten Markt für den Vermögenswert bzw. die Schuld, sofern kein Hauptmarkt vorhanden ist, stattfindet. Der Konzern muss Zugang zum Hauptmarkt oder zum vorteilhaftesten Markt haben.

Der beizulegende Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer Schuld bemisst sich anhand der Annahmen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung für den Vermögenswert bzw. die Schuld zugrunde legen würden. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Marktteilnehmer in ihrem besten wirtschaftlichen Interesse handeln.

Bei der Bemessung des beizulegenden Zeitwerts eines nicht-finanziellen Vermögenswerts wird die Fähigkeit des Marktteilnehmers berücksichtigt, durch die höchste und beste Verwendung des Vermögenswerts oder durch dessen Verkauf an einen anderen Marktteilnehmer, der für den Vermögenswert die höchste und beste Verwendung findet, wirtschaftlichen Nutzen zu erzeugen.

Der Konzern wendet Bewertungstechniken an, die unter den jeweiligen Umständen sachgerecht sind und für die ausreichend Daten zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts zur Verfügung stehen. Dabei ist die Verwendung maßgeblicher, beobachtbarer Inputfaktoren möglichst hoch und jene nicht beobachtbarer Inputfaktoren möglichst gering zu halten.

Alle Vermögenswerte und Schulden, für die der beizulegende Zeitwert bestimmt oder im Abschluss ausgewiesen wird, werden in die nachfolgend beschriebene Bemessungshierarchie eingeordnet, basierend auf dem Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist:

- Stufe 1 – In aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Schulden notierte (nicht berichtigte) Preise
- Stufe 2 – Bewertungsverfahren, bei denen der Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist, auf dem Markt direkt oder indirekt beobachtbar ist
- Stufe 3 – Bewertungsverfahren, bei denen der Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist, auf dem Markt nicht beobachtbar ist.

Bei Vermögenswerten und Schulden, die im Abschluss auf wiederkehrender Basis zum beizulegenden Zeitwert erfasst werden, bestimmt der Konzern, ob Umgruppierungen zwischen den Stufen der Hierarchie stattgefunden haben, indem er am Ende jeder Berichtsperiode die Klassifizierung (basierend auf dem Inputparameter der niedrigsten Stufe, der für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert insgesamt wesentlich ist) überprüft.

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben werden, werden bei der erstmaligen Erfassung zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Die Anschaffungskosten von im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbenen immateriellen Vermögenswerten entsprechen ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Die immateriellen Vermögenswerte werden in den Folgeperioden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen, falls vorhanden, angesetzt. Entwicklungskosten werden mit Ausnahme ihres aktivierungsfähigen Anteils nicht aktiviert, sondern erfolgswirksam in der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Es wird zwischen immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter und solchen mit unbestimmter Nutzungsdauer unterschieden. Immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden über die wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben und auf eine mögliche Wertminderung überprüft, sofern Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der immaterielle Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Die Abschreibungsdauer und die Abschreibungsmethode werden bei immateriellen Vermögenswerten mit einer begrenzten Nutzungsdauer mindestens zum Ende jeder Berichtsperiode überprüft. Die aufgrund von Änderungen der erwarteten Nutzungsdauer oder des erwarteten Verbrauchs des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens des Ver-

mögenswerts erforderlichen Änderungen der Abschreibungsmethode oder der Abschreibungsdauer werden als Änderungen von Schätzungen behandelt. Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Abschreibungen ausgewiesen.

Die auf die immateriellen Vermögenswerte des Konzerns angewandten Bilanzierungsgrundsätze stellen sich zusammengefasst wie folgt dar:

	EDV-Software	Geschäfts- oder Firmenwert
Nutzungsdauer	Begrenzt	Unbestimmt
Angewandte Abschreibungsmethode	Lineare Abschreibung über die wirtschaftliche Nutzungsdauer, in der Regel über einen Zeitraum von 3 - 5 Jahren	Keine Abschreibung
Selbst erstellt oder erworben	Erworben	Erworben

Unternehmenszusammenschlüsse und Geschäfts- oder Firmenwert

Unternehmenszusammenschlüsse werden unter Anwendung der Erwerbsmethode bilanziert. Die Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbs bemessen sich als Summe der übertragenen Gegenleistung, bewertet mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt und der Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen. Bei jedem Unternehmenszusammenschluss bewertet der Erwerber die Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens des erworbenen Unternehmens. Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses angefallene Kosten werden als Aufwand erfasst und als Verwaltungskosten ausgewiesen.

Erwirbt der Konzern ein Unternehmen, beurteilt er die geeignete Klassifizierung und Designation der übernommenen finanziellen Vermögenswerte und Schulden in Übereinstimmung mit den Vertragsbedingungen, wirtschaftlichen Gegebenheiten und am Erwerbszeitpunkt vorherrschenden Bedingungen. Dies beinhaltet auch eine Trennung der in Basisverträgen eingebetteten Derivate.

Bei sukzessiven Unternehmenszusammenschlüssen wird der vom Erwerber zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust erfolgswirksam erfasst.

Die vereinbarte bedingte Gegenleistung wird zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Nachträgliche Änderungen des beizulegenden Zeitwerts einer bedingten Gegenleistung, die einen Vermögenswert oder eine Schuld darstellt, werden in Übereinstimmung mit IAS 39 entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im sonstigen Ergebnis erfasst. Eine bedingte Gegenleistung, die als Eigenkapital eingestuft ist, wird nicht neu bewertet und ihre spätere Abgeltung wird im Eigenkapital bilanziert.

Der Geschäfts- oder Firmenwert wird bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der übertragenen Gesamtgegenleistung und des Betrags des Anteils ohne beherrschenden Einfluss über die erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden des Konzerns bemessen. Liegt diese Gegenleistung unter dem beizulegenden Zeitwert des Reinvermögens des erworbenen Tochterunternehmens, wird der Unterschiedsbetrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Zum Zweck des Wertminderungstests wird der im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene Geschäfts- oder Firmenwert ab dem Erwerbszeitpunkt den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns zugeordnet, die vom Unternehmenszusammenschluss erwartungsgemäß profitieren werden. Dies gilt unabhängig davon, ob andere Vermögenswerte oder Schulden des erworbenen Unternehmens diesen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet werden.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, wird der dem veräußerten Geschäftsbereich zuzurechnende Geschäfts- oder Firmenwert als Bestandteil des Buchwerts des Geschäftsbereichs bei der Ermittlung des Ergebnisses aus der Veräußerung dieses Geschäftsbereichs berücksichtigt. Der Wert des veräußerten Anteils des Geschäfts- oder Firmenwerts wird auf der Grundlage der relativen Werte des veräußerten Geschäftsbereichs und des verbleibenden Teils der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Der Konzern nimmt die jährliche Überprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf Werthaltigkeit zum 31. Dezember vor. Eine Überprüfung findet ebenfalls statt, wenn Umstände darauf hindeuten, dass der Wert gemindert sein könnte.

Sachanlagen

Sachanlagen werden gemäß IAS 16 mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert und planmäßig entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben:

Gebäude	50 Jahre
Maschinen und technische Anlagen	5 bis 10 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 23 Jahre

Nachträgliche Gebäudeum- und -anbauten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Gebäudes abgeschrieben.

Sachanlagen werden entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des angesetzten Vermögenswerts kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus der Ausbuchung des Vermögenswerts resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, in der der Vermögenswert ausgebucht wird.

Die Restwerte, Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern ermittelt an jedem Abschlussstichtag, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung nicht-finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Liegen solche Anhaltspunkte vor oder ist eine jährliche Überprüfung eines Vermögenswerts auf Werthaltigkeit erforderlich, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags des jeweiligen Vermögenswerts vor. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit (ZGE) abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Der erzielbare Betrag ist für jeden einzelnen Vermögenswert zu bestimmen, es sei denn, ein Vermögenswert erzeugt keine Mittelzuflüsse, die weitestgehend unabhängig von denen anderer Vermögenswerte oder anderer Gruppen von Vermögenswerten sind. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswerts oder einer ZGE den jeweils erzielbaren Betrag, ist der Vermögenswert wertgemindert und wird auf seinen erzielbaren Betrag abgeschrieben.

Zur Ermittlung des Nutzungswerts werden die erwarteten künftigen Cashflows unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen hinsichtlich des Zinseffekts und der spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt, auf ihren Barwert abgezinst. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten werden kürzlich erfolgte Markttransaktionen berücksichtigt. Sind keine derartigen Transaktionen identifizierbar, wird ein angemessenes Bewertungsmodell angewandt. Dieses stützt sich auf Bewertungsmultiplikatoren, Börsenkurse von börsengehandelten Anteilen an Unternehmen oder andere zur Verfügung stehende Indikatoren für den beizulegenden Zeitwert. Der Konzern legt seiner Wertminderungsbeurteilung detaillierte Budget- und Prognoserechnungen zugrunde, die für jede der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns, denen einzelne Vermögenswerte zugeordnet sind, separat erstellt werden. Solche Budget- und Prognoserechnungen erstrecken sich in der Regel über vier Jahre. Für längere Zeiträume wird

eine langfristige Wachstumsrate bestimmt und zur Prognose der künftigen Cashflows nach dem vierten Jahr angewandt. Wertminderungsaufwendungen der fortzuführenden Geschäftsbereiche, einschließlich der Wertminderung von Vorräten, werden erfolgswirksam in den Aufwandskategorien erfasst, die der Funktion des wertgeminderten Vermögenswerts im Unternehmen entsprechen. Dies gilt nicht für zuvor neubewertete Vermögenswerte, sofern die Wertsteigerungen aus der Neubewertung im sonstigen Ergebnis erfasst wurden. Bei diesen wird auch die Wertminderung bis zur Höhe des Betrags aus einer vorangegangenen Neubewertung im sonstigen Ergebnis erfasst.

Für Vermögenswerte wird zu jedem Abschlussstichtag eine Überprüfung vorgenommen, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand nicht mehr länger besteht oder sich verringert hat. Wenn solche Anhaltspunkte vorliegen, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags des Vermögenswerts oder der zahlungsmittelgenerierenden Einheit vor. Ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand wird nur dann rückgängig gemacht, wenn sich seit der Erfassung des letzten Wertminderungsaufwands eine Änderung der Annahmen ergeben hat, die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags herangezogen wurden. Die Wertaufholung ist dahingehend begrenzt, dass der Buchwert eines Vermögenswerts weder seinen erzielbaren Betrag noch den Buchwert übersteigen darf, der sich nach Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen ergeben hätte, wenn in früheren Jahren kein Wertminderungsaufwand für den Vermögenswert erfasst worden wäre. Eine Wertaufholung wird erfolgswirksam erfasst, es sei denn, der Vermögenswert wird nach der Neubewertungsmethode bilanziert. In diesem Fall wird die Wertaufholung als Wertsteigerung aus der Neubewertung behandelt.

Fremdkapitalkosten

Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines Vermögenswertes zugeordnet werden können, für den ein beträchtlicher Zeitraum erforderlich ist, um ihn in seinen beabsichtigten gebrauchsfähigen oder verkaufsfähigen Zustand zu versetzen, werden als Teil der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des entsprechenden Vermögenswerts aktiviert. Alle sonstigen Fremdkapitalkosten werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Fremdkapitalkosten sind Zinsen und sonstige Kosten, die einem Unternehmen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Fremdkapital entstehen.

Leasingverhältnisse

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt, selbst wenn dieses Recht in einer Vereinbarung nicht ausdrücklich festgelegt ist.

Konzern als Leasinggeber

Mieteinzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen werden über die Laufzeit des entsprechenden Leasingverhältnisses erfolgswirksam erfasst.

Konzern als Leasingnehmer

Leasingverhältnisse, bei denen nicht im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken auf den Konzern als Leasingnehmer übertragen werden, werden als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert. Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zuwendungen der öffentlichen Hand/Abgegrenzte Zuwendungen der öffentlichen Hand

Zuwendungen der öffentlichen Hand für Personalkosten werden den Perioden, in denen die dazugehörigen Kosten anfallen, zugeordnet und planmäßig als Ertrag erfasst. Zuwendungen der öffentlichen Hand für Sachanlagevermögen werden gemäß IAS 20 passiv abgegrenzt und über die erwartete Nutzungsdauer der betreffenden Vermögenswerte aufgelöst.

Finanzinstrumente

Die Bilanzierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte und Schulden (Finanzinstrumente) richten sich nach den Vorschriften des IAS 39.

Demnach gliedern sich finanzielle Vermögenswerte abhängig von ihrem jeweiligen Erwerbszweck in nachstehende Kategorien:

- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
- Kredite und Forderungen
- bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die der Kategorie „bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ zuzuordnen sind, liegen im Konzern nicht vor.

Finanzielle Schulden werden je nach Erwerbszweck in folgende Kategorien eingeordnet:

- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Schulden
- zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Schulden

Der Konzern legt die Klassifizierung seiner finanziellen Vermögenswerte und Schulden mit dem erstmaligen Ansatz fest.

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten erfolgt bei üblichem Kauf oder Verkauf zum Erfüllungstag, d. h. zu dem Wert des Tages, an dem der Vermögenswert geliefert wird.

Die Erstbewertung von finanziellen Vermögenswerten und Schulden erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Folgebewertung von Finanzinstrumenten ist abhängig von der Zuordnung zu den Kategorien gemäß den Vorschriften des IAS 39 und erfolgt entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (unter Anwendung der Effektivzinsmethode) oder zum beizulegenden Zeitwert. Finanzinstrumente werden ausgebucht, wenn die Rechte auf Zahlungen aus dem Investment erloschen sind oder übertragen wurden und der Konzern im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, übertragen hat. Zu jedem Abschlussstichtag werden zum einen Hinweise auf eine vorzunehmende Umklassifizierung, zum anderen objektive Anhaltspunkte für eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts bzw. einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte überprüft. Finanzielle Vermögenswerte umfassen sowohl originäre als auch derivative Ansprüche oder Verpflichtungen, die nachfolgend erläutert werden.

Eine Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden wird nur dann vorgenommen, wenn eine Aufrechnung der Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar ist und auch die Absicht besteht, tatsächlich zu saldieren.

Originäre Finanzinstrumente

Die Kategorien „Kredite und Forderungen“ und „zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Schulden“ beinhalten originäre Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Insbesondere handelt es sich dabei um

- Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- kurzfristige sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
- Finanzverbindlichkeiten
- Zahlungsmittel

Die fortgeführten Anschaffungskosten finanzieller Vermögenswerte und Schulden ermitteln sich unter Beachtung der Effektivzinsmethode als der Betrag, mit dem ein Finanzinstrument bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, vermindert um eventuelle Tilgungen und etwaige außerplanmäßige Abschreibungen für Wertminderungen. Bei den Verbindlichkeiten entsprechen die fortgeführten Anschaffungskosten grundsätzlich dem Nenn- bzw. dem Erfüllungsbetrag.

Die zusätzlich im Anhang anzugebenden Zeitwerte entsprechen bei den kurzfristigen Posten den fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Vermögenswerten oder Schulden mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden die Zeitwerte durch Diskontieren der zukünftigen Zahlungsflüsse mit dem Marktzins ermittelt.

Derivative Finanzinstrumente und Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Voraussetzung für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen ist, dass der eindeutige Sicherungszusammenhang zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument dokumentiert und deren Effektivität nachgewiesen ist. Die bilanzielle Berücksichtigung der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsinstrumente ist von der Art der Sicherungsbeziehung abhängig. Bei der Absicherung zukünftiger Zahlungsströme (Cashflow-Hedges) werden die Marktwertschwankungen des effektiven Teils eines Derivats erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis in der Rücklage für Cashflow-Hedges ausgewiesen. Der ineffektive Teil eines Hedges wird sofort erfolgswirksam erfasst. Sicherungsgeschäfte wurden zuletzt in 2016 eingesetzt.

Sonstige Forderungen und finanzielle Vermögenswerte

Sonstige Forderungen und finanzielle Vermögenswerte (ausgenommen Derivate) werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken und allgemeine Kreditrisiken sind durch entsprechende Wertkorrekturen berücksichtigt.

Vorratsvermögen

Vorräte sind gemäß IAS 2 grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder den jeweils niedrigeren Marktpreisen bewertet.

Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente umfassen ausschließlich Zahlungsmittel und sind zu ihrem Marktwert, der dem Nennwert entspricht, angesetzt. Der Finanzmittelfonds in der Konzern-Kapitalflussrechnung wird entsprechend der obigen Definition abgegrenzt und umfasst auch die in Anspruch genommenen Kontokorrentkredite. Der Teil der Zahlungsmittel, der als Sicherheit gestellt wird, wird nicht in den Finanzmittelfond einbezogen.

Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese zu Anschaffungskosten erfasst und vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, die Ausgabe oder die Einziehung von eigenen Anteilen wird erfolgsneutral erfasst. Etwaige Unterschiedsbeträge zwischen dem Buchwert und der Gegenleistung werden im Falle einer Wiederausgabe als Aktienaufgeld erfasst. Der Konzern kann die mit den eigenen Anteilen verbundenen Stimmrechte nicht ausüben. Darüber hinaus werden ihnen keine Dividenden zugeordnet.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, soweit rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten bestehen, die in der Vergangenheit begründet sind, die künftig wahrscheinlich zu einem Vermögensabfluss führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann.

Abzinsungen werden vorgenommen, wenn der Zinseffekt wesentlich ist. Rückstellungen werden zu jedem Abschlussstichtag überprüft und an die gegenwärtig beste Schätzung angepasst.

Die Rückstellungen werden in einen kurz- bzw. langfristigen Teil klassifiziert, mit Ausnahme der nach IAS 19 ermittelten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen basiert auf dem in IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer) vorgeschriebenen Anwartschaftsbarwertverfahren für Leistungszusagen auf Altersversorgung (Projected Unit Credit Method). Bei diesem Verfahren werden neben den am Abschlussstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften insbesondere auch künftig zu erwartende Steigerungen von Gehältern und Renten berücksichtigt. Die Berechnung beruht auf versicherungsmathematischen Gutachten unter Berücksichtigung biometrischer Rechnungsgrundlagen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden in der Berichtsperiode, in der sie anfallen, erfolgsneutral unter Berücksichtigung latenter Steuern in einer gesonderten Position im Eigenkapital ausgewiesen bzw. in voller Höhe im sonstigen Ergebnis erfasst.

Rückstellungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer werden gemäß IAS 19.153 ermittelt. Auf die Erläuterungen zur Konzernbilanz wird verwiesen.

Steuern

Tatsächliche Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufende und die früheren Perioden werden mit dem Betrag bemessen, in dessen Höhe eine Erstattung von der Steuerbehörde bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Abschlussstichtag gelten.

Latente Steueransprüche/Latente Steuerverbindlichkeiten

Als latente Steuerverbindlichkeiten werden alle zu versteuernden temporären Differenzen erfasst, mit Ausnahme von

- latenten Steuerschulden aus dem erstmaligen Ansatz eines Geschäfts- oder Firmenwerts oder eines Vermögenswerts oder einer Schuld aus einem Geschäftsvorfall, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst.
- latenten Steuerschulden aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen stehen, wenn der zeitliche Verlauf der Umkehrung der temporären Differenzen gesteuert werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Latente Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Unterschiede und noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge verwendet werden können, mit Ausnahme von

- latenten Steueransprüchen aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswerts oder einer Schuld aus einem Geschäftsvorfall entstehen, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst.
- latenten Steueransprüchen aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen stehen, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden oder kein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Der Buchwert der latenten Ertragsteueransprüche wird an jedem Abschlussstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftig zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruchs ermöglicht.

Die Steuerabgrenzungen werden in Höhe der voraussichtlichen Steuerbelastung bzw. -entlastung nachfolgender Geschäftsjahre auf Grundlage des zum Zeitpunkt der Realisierung voraussichtlich gültigen Steuersatzes vorgenommen.

Latente Steuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern im Eigenkapital erfasst.

Soweit es sich um Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden handelt, die von der gleichen Steuerbehörde und im gleichen Organkreis erhoben werden, erfolgt eine Saldierung gemäß IAS 12.74.

Umsatzsteuer

Erträge, Aufwendungen und Vermögenswerte werden – soweit keine Befreiung vorliegt – nach Abzug der Umsatzsteuer erfasst. Der Umsatzsteuerbetrag, der von der Steuerbehörde erstattet oder an diese abgeführt wird, wird in der Bilanz unter Forderungen bzw. Verbindlichkeiten erfasst.

Ertragsrealisierung

Erlöse werden unter Berücksichtigung von in Abzug zu bringenden Steuern und Erlösschmälerungen mit Erbringung der Leistung bzw. bei Verkäufen mit Übergang der Gefahren realisiert. Erlöse aus pauschalierten Entgelten werden entsprechend dem Leistungsfortschritt erfasst.

Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam. Zinserträge und -aufwendungen werden periodengerecht erfasst.

Dividenerträge aus Finanzinvestitionen werden mit Entstehung des Rechtsanspruchs des Eigentümers auf Zahlung erfasst.

Wesentliche Ermessensentscheidungen, Annahmen und Schätzungen

Im Konzernabschluss müssen in einem eng begrenzten Umfang Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen getroffen werden, die Auswirkungen auf die Höhe und den Ausweis der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie der Eventualverbindlichkeiten haben. Diese Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die konzerneinheitliche Festlegung wirtschaftlicher Nutzungsdauern, die Bewertung von Rückstellungen, die Einbringbarkeit von Forderungen, die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen sowie die Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten.

Den Annahmen und Schätzungen liegen Prämissen zugrunde, die auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand beruhen. Insbesondere wurden bezüglich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses vorliegenden Umstände ebenso wie die als realistisch unterstellte zukünftige Entwicklung des branchenspezifischen Umfelds zugrunde gelegt. Durch von den Annahmen abweichende und außerhalb des Einflussbereichs des Managements liegende Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen können sich Abweichungen zwischen den tatsächlich einstellenden Werten und den ursprünglich erwarteten Schätzwerten ergeben. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Erkenntnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie am Abschlussstichtag bestehende Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein erhebliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden nachstehend erläutert.

Pensionsleistungen

Der Aufwand aus leistungsorientierten Plänen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie der Barwert der Pensionsverpflichtung wird anhand von versicherungsmathematischen Berechnungen ermittelt. Eine versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage diverser Annahmen, die von den tatsächlichen Entwicklungen in der Zukunft abweichen können. Hierzu zählen die Bestimmung der Abzinsungssätze, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Sterblichkeitsrate und künftige Rentensteigerungen. Aufgrund der Komplexität der Bewertung, der zugrunde liegenden Annahmen und ihrer Langfristigkeit reagiert eine leistungsorientierte Verpflichtung höchst sensibel auf Änderungen dieser Annahmen. Alle Annahmen werden zu jedem Abschlussstichtag überprüft.

Wertminderung von nicht-finanziellen Vermögenswerten

Eine Wertminderung besteht, wenn der Buchwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit seinen erzielbaren Betrag übersteigt. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und Nutzungswert. Der Berechnung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Veräußerungskosten liegen verfügbare Daten aus bindenden Veräußerungsgeschäften zwischen unabhängigen Geschäftspartnern über ähnliche Vermögenswerte oder beobachtbare Marktpreise abzüglich

direkt zurechenbarer Kosten für die Veräußerung des Vermögenswerts zugrunde. Zur Berechnung des Nutzungswerts wird eine Discounted-Cashflow-Methode verwendet. Die Cashflows werden aus dem Finanzplan der nächsten vier Jahre abgeleitet. Der erzielbare Betrag ist abhängig von dem im Rahmen der Discounted-Cashflow-Methode verwendeten Diskontierungssatz sowie von den erwarteten künftigen Mittelzuflüssen und der für Zwecke der Extrapolation verwendeten Wachstumsrate.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

(1) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren nahezu ausschließlich aus Patientenerlösen, Wahlleistungen sowie Chefarztabgaben im Zusammenhang mit der klinischen Rehabilitationsbehandlung.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Erlöse aus Nebenumsätzen	1.265	1.295
Erlöse Restaurant	489	524
Personalkostenerstattungen	357	363
Erträge öffentlicher Fördermittel	312	313
Versicherungsentschädigungen	242	26
Erträge aus dem Abgang von Sachanlagen	10	5.459
Sonstige	372	287
	3.047	8.267

(3) Materialaufwand

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 58 TEUR auf 8.033 TEUR vermindert. Die Materialintensität liegt bei rd. 17 % (Vorjahr: 17 %).

(4) Personalaufwand

Der Personalaufwand ist mit 27.888 TEUR nahezu auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 27.975 TEUR). Die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten (591) weist gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung auf. Die Personalintensität beträgt 59,4 % (Vorjahr: 58,6 %).

Die Aufwendungen für Altersversorgung beliefen sich auf 291 TEUR (Vorjahr: 224 TEUR). Als Aufwendungen für Altersversorgung werden im Wesentlichen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

(5) Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 29 TEUR gesunken (2017: 1.949 TEUR; 2016: 1.978 TEUR).

(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2017 TEUR	2016 TEUR
Mieten und Pachten	4.756	4.404
Allgemeine Verwaltungskosten	2.775	2.481
Energiekosten	1.567	1.490
Laufende Instandhaltungen	1.082	1.213
Abgaben, Beiträge, Versicherungen	471	456
Sonstige	853	1.190
	11.504	11.234

(7) Finanzerträge und -aufwendungen

	2017 TEUR	2016 TEUR
Zinserträge und ähnliche Erträge	25	8
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen (langfristig)	-443	-614
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen (kurzfristig)	0	-114
Zinseffekte aus Pensionsverpflichtungen und ähnlichen Aufwendungen	-188	-176
	-606	-896

Von den gesamten Finanzierungsaufwendungen in Höhe von 768 TEUR sind 137 TEUR als Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert worden. Der Finanzierungskostensatz beträgt 3,4%.

(8) Ertragsteuern

Als Ertragsteuern werden die gezahlten bzw. geschuldeten Steuern auf Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuerabgrenzungen ausgewiesen.

Der Ertragsteueraufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.063 TEUR auf 93 TEUR vermindert. Als Ertragsteuern werden die Körperschaftsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags sowie die Gewerbesteuer ausgewiesen. Zusätzlich werden in diesem Posten gemäß IAS 12 Steuerabgrenzungen auf unterschiedliche Wertansätze in IFRS- und Steuerbilanz, auf Konsolidierungsvorgänge und auf erwartete nutzbare Verlustvorträge, die in der Regel zeitlich unbegrenzt vortragsfähig sind, erfasst.

Die inländischen Unternehmen unterliegen, soweit nicht gewerbesteuerbefreit, einer durchschnittlichen Gewerbeertragsteuer von ca. 14,2 %. Der Körperschaftsteuersatz beträgt 15,0 %, zuzüglich eines Solidaritätszuschlags auf die Körperschaftsteuer von 5,5 %. Der Gesamtsteuersatz beträgt ca. 30,0 %, soweit Gewerbesteuerpflicht besteht, und 15,8 %, soweit die Gesellschaft von der Gewerbesteuer befreit ist. Die latenten Steuern werden unverändert zum Vorjahr mit 15,8 % bzw. 30,0 % bewertet. Die Berechnung der latenten Steuern auf Verlustvorträge erfolgt unter Beachtung der in Deutschland derzeit geltenden Bestimmungen bei der Verrechnung von steuerlichen Verlusten in Folgeperioden.

Die Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Tatsächlicher Steueraufwand		
Körperschaftsteuer	327	61
Gewerbsteuer	48	45
Periodenfremde Ertragsteuer	-42	41
Summe	333¹⁾	147¹⁾
Latente Steuerabgrenzungen	-240	1.009
	93	1.156
¹⁾ Die tatsächlich gezahlten Steuern betragen	240	701

Die latenten Steueraufwendungen ergeben sich saldiert wie folgt:

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Latente Steuererträge/-aufwendungen aus temporärer Differenz	-240	1.009
Latente Steueraufwendungen/-erträge aus Verlustvortrag	0	0
	-240	1.009

Latente Ertragsteuern aus während des Geschäftsjahres direkt im Eigenkapital erfassten Posten:

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Rücklage für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-94	256
Neubewertung der Sicherungsbeziehungen zur Absicherung von Cashflows	0	-20
	-94	236

Die Überleitung vom Ergebnis vor Ertragsteuern auf den Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Latente Steuern	-240	1.009
Tatsächlicher Ertragsteueraufwand	333	147
Ausgewiesene Ertragsteuern	93	1.156
(Ergebnis vor Ertragsteuern)	(7)	(5.870)
Tatsächlicher Gewerbesteueraufwand	48	45
Erwarteter Steueraufwand 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag)	1	929
Periodenfremde Steueraufwendungen/-erträge	-42	41
Temporäre Differenzen u. Verluste, für die keine latenten Steuern erfasst wurden	246	340
Sonstige Steuereffekte	-160	-199
Tatsächlicher Ertragsteueraufwand	93	1.156

Hinsichtlich der Zuordnung der Steuerabgrenzungen zu den einzelnen Vermögenswerten und Schulden verweisen wir auf die Erläuterungen zur Konzernbilanz.

Sonstige Steuern werden im operativen Ergebnis ausgewiesen.

(9) Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zuzuordnende Ergebnis in Höhe von 28 TEUR (Vorjahr: 205 TEUR) betrifft ausschließlich Gewinnanteile des Teilkonzerns Aatakllinik Wünnenberg GmbH.

(10) Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie errechnet sich als Quotient aus dem Konzerngewinn (ohne Anteile ohne beherrschenden Einfluss) und dem gewichteten Durchschnitt der während des Geschäftsjahres im Umlauf befindlichen Aktienzahl.

	2017	2016
Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss	-86.081,52 EUR	4.714.009,91 EUR
Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	-28.318,63 EUR	-204.877,88 EUR
Konzernverlust/-gewinn	-114.400,15 EUR	4.509.132,03 EUR
Gewichteter Durchschnitt der im Umlauf befindlichen Aktien	3.017.424 Stück	3.017.424 Stück
Ergebnis je Aktie	-0,04 EUR	1,49 EUR

Das verwässerte Ergebnis je Aktie entspricht dem unverwässerten Ergebnis je Aktie, da an den Abschlussstichtagen keine Options- und Wandlungsrechte ausgegeben waren.

VI. Erläuterungen zur Bilanz

(11) Immaterielle Vermögenswerte

	Immaterielle Vermögenswerte TEUR	Geschäfts- oder Firmenwert TEUR	Gesamt TEUR
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 01.01.2016	709	0	709
Zugänge	80	0	80
Abgänge	-17	0	-17
Stand 31.12.2016	772	0	772
2. Kumulierte Abschreibungen			
Stand 01.01.2016	-582	0	-582
Zuführung (erfolgswirksam)	-53	0	-53
Abgänge	17	0	17
Stand 31.12.2016	-618	0	-618
3. Nettobuchwerte			
Stand 01.01.2016	127	0	127
Stand 31.12.2016	154	0	154
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 01.01.2017	772	0	772
Zugänge	236	0	236
Abgänge	-47	0	-47
Stand 31.12.2017	961	0	961
2. Kumulierte Abschreibungen			
Stand 01.01.2017	-618	0	-618
Zuführung (erfolgswirksam)	-129	0	-129
Abgänge	46	0	46
Stand 31.12.2017	-701	0	-701
3. Nettobuchwerte			
Stand 01.01.2017	154	0	154
Stand 31.12.2017	260	0	260

(12) Sachanlagen

	Grundstücke und Bauten	Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen im Bau	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Stand 01.01.2016	81.040	414	14.565	100	96.119
Zugänge	66	0	287	1.979	2.332
Umbuchungen	0	0	9	-9	0
Abgänge	-34.286	0	-456	0	-34.742
Stand 31.12.2016	46.820	414	14.405	2.070	63.709
2. Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.01.2016	-30.759	-185	-10.515	0	-41.459
Zuführung (erfolgswirksam)	-1.227	-13	-685	0	-1.925
Abgänge	12.228	0	450	0	12.678
Stand 31.12.2016	-19.758	-198	-10.750	0	-30.706
3. Nettobuchwerte					
Stand 01.01.2016	50.281	229	4.050	100	54.660
Stand 31.12.2016	27.062	216	3.655	2.070	33.003
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Stand 01.01.2017	46.820	414	14.405	2.070	63.709
Zugänge	29	0	550	6.698	7.277
Umbuchungen	364	0	115	-479	0
Abgänge	0	0	-258	-3	-261
Stand 31.12.2017	47.213	414	14.812	8.286	70.725
2. Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.01.2017	-19.758	-198	-10.750	0	-30.706
Zuführung (erfolgswirksam)	-1.131	-13	-676	0	-1.820
Abgänge	0	0	253	0	253
Stand 31.12.2017	-20.889	-211	-11.173	0	-32.273
3. Nettobuchwerte					
Stand 01.01.2017	27.062	216	3.655	2.070	33.003
Stand 31.12.2017	26.324	203	3.639	8.286	38.452

Das Grundvermögen ist zur Sicherung von Bankdarlehen im Gesamtrestbuchwert von 19.261 TEUR (Vorjahr: 16.078 TEUR) mit Grundpfandrechten belastet. Der Betrag für vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen belief sich zum 31.12.2017 auf 577 TEUR (Vorjahr: 7.013 TEUR).

Kirchliche Zuschüsse zum Neubau einer Kapelle werden nicht als Minderung der Anschaffungskosten, sondern passiv abgegrenzt und über die erwartete Nutzungsdauer der Kapelle aufgelöst. Der Restbuchwert der Kapelle beträgt zum 31.12.2017 200 TEUR (Vorjahr: 208 TEUR). Umstände, die Anlass für eine Rückzahlung dieser Zuwendungen geben, liegen nicht vor.

(13) Aufstellung des Anteilsbesitzes der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn

In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital ¹⁾	Jahresergebnis ¹⁾
	%	TEUR	TEUR
Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn	100	29.305	757
Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, Nettersheim-Marmagen	100	2.030	530
GlobalMed Immobilien GmbH, Bonn	100	9.761	-294
Kaiser-Karl-Klinik GmbH, Bonn	100	2.640	1.106
GlobalMANAGEMENT GmbH, Bonn	100	100	4
GlobalMedConsult GmbH i. G., Bonn	100	25	0
Herzpark Mönchengladbach GmbH, Bonn	100	-7.079	-1.268
Herznetz Rheinland gemeinnützige GmbH, Bonn	mittelbar 100	82	26
Aatalklinik Wünnenberg GmbH, Bad Wünnenberg	70	1.288	216 ²⁾
Aatalklinik Wünnenberg Pflege GmbH, Pflegestation „St. Antonius“, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	19	52 ³⁾
Gesellschaft für Schlaganfall- und Gesundheitsforschung mbH, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	65	-1 ⁴⁾
Medizinisches Versorgungszentrum Bad Wünnenberg/Südkreis Paderborn GmbH, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	-206	33

¹⁾Ermittlung nach HGB

²⁾Ergebnis nach Gewinnabführung der Aatalklinik Wünnenberg Pflege GmbH und nach Verlustübernahme der Gesellschaft für Schlaganfall- und Gesundheitsforschung mbH

³⁾Ergebnis vor Gewinnabführung an die Aatalklinik Wünnenberg GmbH

⁴⁾Ergebnis vor Verlustübernahme durch die Aatalklinik Wünnenberg GmbH

(14) Finanzielle Vermögenswerte

	Sonstige Anteile an Kapitalgesellschaften TEUR	
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten		
Stand 01.01./31.12.2016	233	
2. Kumulierte Abschreibungen		
Stand 01.01./31.12.2016	233	
3. Buchwerte		
Stand 01.01./31.12.2016	0	
1. Anschaffungs- und Herstellungskosten		
Stand 01.01./31.12.2017	233	
2. Kumulierte Abschreibungen		
Stand 01.01./31.12.2017	233	
3. Buchwerte		
Stand 01.01./31.12.2017 ¹⁾	0	
¹⁾Name der Gesellschaft Beteiligungen	Buchwert in EUR	Anteil in %
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	1,00	6,0
Bad Wünnenberg Touristik GmbH	500,00	1,9
	501,00	

Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bzw. bei Wertminderungen mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Nach Berücksichtigung der vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen entsprechen die Buchwerte den Marktwerten am Abschlussstichtag.

(15) Sonstige Vermögenswerte

	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR	01.01.2016 TEUR
Sonstige Vermögenswerte kurzfristig			
Forderungen Chefärzte	65	108	112
Forderung Kassenärztliche Vereinigung	0	0	62
Übrige	121	217	111
	186	325	285

Sonstige Vermögenswerte sind abzüglich der vorgenommenen Wertberichtigungen dargestellt.

Die Bilanzwerte der kurzfristigen sonstigen Vermögenswerte entsprechen aufgrund der kurzen Laufzeiten im Wesentlichen ihrem beizulegenden Zeitwert.

Aufgrund einer absehbar verspäteten Fertigstellung im Zusammenhang mit dem in Mönchengladbach stattfindenden Ausbau der stationären Behandlungskapazitäten bestehen nicht aktivierte Ansprüche gegenüber dem Generalbauunternehmer, welche zum Bilanzstichtag noch nicht hinreichend konkretisiert werden können.

(16) Latente Steueransprüche/Latente Steuerverbindlichkeiten

Die vorgenommenen Steuerabgrenzungen resultieren aus temporären unterschiedlichen Wertansätzen in IFRS- und Steuerbilanz der einbezogenen Unternehmen, aus Konsolidierungsvorgängen sowie aus der erwarteten voraussichtlichen Nutzung steuerlicher Verlustvorträge gemäß IAS 12.

Aktive und passive Steuerabgrenzungsposten verteilen sich auf steuerliche Verlustvorträge sowie einzelne Bilanzposten wie folgt:

	Konzern-Bilanz			Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	
	31.12.2017	31.12.2016	01.01.2016	2017	2016
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Steuerliche Verlustvorträge	0	0	89	0	89
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ¹⁾	1.478	1.426	1.551	-132	376
Jubiläumsrückstellungen ²⁾	42	45	36	-11	-4
Neubewertung eines Zinsswaps zum beizulegenden Zeitwert ³⁾	0	0	20	0	0
Höhere IFRS-Buchwerte bei Sachanlagen	-2.041	-2.108	-1.657	-67	451
Sonstige Rückstellungen	-59	-89	0	-30	89
Übrige Posten	6	6	6	0	0
Konsolidierung	-55	-55	-47	0	8
Latenter Steueraufwand/(-ertrag)				-240	1.009
Latente(r) Steueranspruch/(-schuld), netto	-629	-775	-2		

¹⁾ -80 TEUR (Vorjahr: 251 TEUR) der latenten Ertragsteuern wurden direkt im Eigenkapital erfasst

²⁾ -14 TEUR (Vorjahr: 5 TEUR) der latenten Ertragsteuern wurden direkt im Eigenkapital erfasst

³⁾ 0 TEUR (Vorjahr: -20 TEUR) der latenten Ertragsteuern wurden direkt im Eigenkapital erfasst

Überleitung der latenten Steuerschulden (netto)

	2017 TEUR	2016 TEUR
Stand 01.01	-775	-2
ergebniswirksam erfasster latenter Steuerertrag/(-aufwand)	240	-1.009
im sonstigen Ergebnis erfasster Steuerertrag/(-aufwand)	-94	236
Stand 31.12.	-629	-775

Latente Steuerverbindlichkeiten sind mit entsprechenden Steueransprüchen saldiert, soweit es sich um dasselbe Steuersubjekt und dieselbe Steuerbehörde handelt.

Zum Abschlussstichtag verfügt der Konzern über nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge in Höhe von insgesamt 11.076 TEUR (Vorjahr: 9.571 TEUR). Die am Abschlussstichtag nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt vortragbar. Es wurden für steuerlich noch nicht genutzte Verluste von 11.076 TEUR bisher keine latenten Steueransprüche angesetzt, da sie nicht zur Verrechnung mit den zu versteuernden Ergebnissen anderer Unternehmen des Konzerns verwendet werden dürfen und in Tochterunternehmen entstanden sind, die bereits seit längerer Zeit Verluste erwirtschaften oder bei denen die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass das zu versteuernde Ergebnis zur Verfügung stehen wird. Könnte der Konzern sämtliche nicht berücksichtigte latente Steueransprüche aktivieren, würde der Gewinn um 1.753 TEUR ansteigen.

Die Verrechnung steuerlicher Verlustvorträge führte im Geschäftsjahr 2017 zu einer Minderung des tatsächlichen Steueraufwands in Höhe von 5 TEUR (Vorjahr: 402 TEUR).

(17) Vorratsvermögen

Beim Vorratsvermögen handelt es sich ausschließlich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 176 TEUR (Vorjahr: 173 TEUR). Sie entfallen im Wesentlichen auf Vorräte des medizinischen Bedarfs und Lebensmittel.

(18) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR	01.01.2016 TEUR
Kundenforderungen	6.291	5.952	5.536
Einzelwertberichtigung	114	117	91
Pauschalwertberichtigung	71	65	56
	6.106	5.770	5.389

Alle ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Der Zeitwert der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entspricht dem Buchwert. Erkennbare Risiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Diese werden nach dem wahrscheinlichen Ausfallrisiko bemessen. Zum 31. Dezember 2017 waren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Nennwert von 197 TEUR (Vorjahr: 157 TEUR) wertgemindert.

Die Entwicklung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen auf – zum Abschlussstichtag bestehende – Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stellt sich wie folgt dar:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Stand 01.01.	182	147
Zuführung	63	71
Inanspruchnahme	0	0
Auflösung	-60	-36
Stand 31.12.	185	182

Zuführungen des Geschäftsjahres werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“, Auflösungen unter „Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2017 stellt sich die Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie folgt dar:

	Summe TEUR	weder überfällig noch wertgemindert TEUR	überfällig, aber nicht wertgemindert		
			< 30 Tage TEUR	30 - 60 Tage TEUR	> 60 Tage TEUR
31.12.2017	6.106	5.160	369	463	114
31.12.2016	5.770	4.847	419	465	39
01.01.2016	5.389	4.377	381	435	196

(19) Laufende Ertragsteueransprüche

	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
Kapitalertragsteuer	282	630
Körperschaftsteuer	40	215
Gewerbesteuer	12	48
	334	893

(20) Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente

Die Zahlungsmittel enthalten ausschließlich Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten. Guthaben bei Kreditinstituten werden mit variablen Zinssätzen für täglich kündbare Guthaben verzinst.

Der Konzern hat 4.603 TEUR seiner Guthaben bei Kreditinstituten als Sicherheit gestellt.

(21) Gezeichnetes Kapital und eigene Anteile

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist gemäß IAS 1 als eigener Bestandteil des Konzernabschlusses in einer Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Das voll eingezahlte gezeichnete Kapital der Eifelhöhen-Klinik AG beläuft sich zum Abschlussstichtag unverändert auf 7.987 TEUR. Es entfällt auf (ebenfalls unverändert) 3.120.000 nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,56 EUR.

Eine Aktie berechtigt ihren Inhaber zur Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft sowie zum Empfang der von der Hauptversammlung beschlossenen Dividende.

Die eigenen Anteile werden gemäß IAS 32 vom Eigenkapital abgezogen und in der Bilanz gesondert ausgewiesen.

(22) Ausgeschüttete und vorgeschlagene Dividenden

Im Geschäftsjahr 2017 wurde eine Dividende von 1.237.143,84 EUR ausgeschüttet.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung der Eifelhöhen-Klinik AG zur Genehmigung vorschlagen, den Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 378.601,98 EUR in andere Gewinnrücklagen einzustellen.

(23) Rücklagen

Die Kapitalrücklage wird zur besseren Darstellung separat ausgewiesen.

Das Cashflow Hedge Accounting wird nicht mehr angewendet, da das Sicherungsgeschäft in 2016 beendet wurde.

Die Konzerngewinnrücklagen enthalten aufgelaufene Ergebnisse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen – soweit sie nicht ausgeschüttet wurden – sowie Effekte aus Konsolidierungsmaßnahmen. Die Beträge aus der Anpassung der bisherigen Buchwerte nach HGB an die nach IFRS erforderlichen Werte (2.605 TEUR) sind in der IFRS-Eröffnungsbilanz zum 01.01.2004 unmittelbar mit den Gewinnrücklagen zum 01.01.2004 verrechnet worden.

In der Rücklage für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste wird die erfolgsneutrale Anpassung an versicherungsmathematische Annahmen für Pensionsverpflichtungen erfasst.

(24) Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss sind in der Konzernbilanz innerhalb des Eigenkapitals getrennt vom Eigenkapital des Mutterunternehmens ausgewiesen. Anteile ohne beherrschenden Einfluss am Konzernergebnis werden gesondert angegeben.

(25) Rückstellungen (langfristig)

In der Bilanz erfasste Beträge für Leistungszusagen

	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Anwartschaftsbarwert der über eine Unterstützungskasse finanzierten Verpflichtungen	8.352	8.645
Fair Value des Planvermögens	-319	-259
Finanzierungsstatus (Saldo)	8.033	8.386
Anwartschaftsbarwert der nicht über eine Unterstützungskasse finanzierten Verpflichtungen	2.356	2.537
Aufgrund der Begrenzung von IAS 19 nicht als Vermögenswert bilanzierter Betrag	-	-
Bilanzierte Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	10.389	10.923

	Stand 01.01.2016	Zins- auf- wand	Dienstzeit- aufwand Zuführung	Zahlungen	versicherungs- mathematische Gewinne(-)/ Verluste	Zugang Planver- mögen	Stand 31.12.2016
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen							
Unterstützungskasse	7.625	120	182	-227	945	0	8.645
– Fair Value des Planvermögens	-199	0	0	0	0	-60	-259
Pensionen	1.106	25	0	-106	87	0	1.112
Altersgeld	614	15	33	-49	49	0	662
	9.146	160	215	-382	1.081	-60	10.160
Andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer							
Jubiläum	693	16	59	-37	32	0	763
Gesamtsumme	9.839	176	274	-419	1.113	-60	10.923

	Stand 01.01.2017	Zins- auf- wand	Dienstzeit- aufwand Zuführung	Zahlungen	versicherungs- mathematische Gewinne(-)/ Verluste	Zugang Planver- mögen	Stand 31.12.2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen							
Unterstützungskasse	8.645	147	132	-236	-336	0	8.352
– Fair Value des Planvermögens	-259	0	0	0	0	-60	-319
Pensionen	1.112	18	0	-107	23	0	1.046
Altersgeld	662	11	37	-32	-61	0	617
	10.160	176	169	-375	-374	-60	9.696
Andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer							
Jubiläum	763	12	63	-54	-91	0	693
Gesamtsumme	10.923	188	232	-429	-465	-60	10.389

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Finanzierung leistungsorientierter Verpflichtungen erfolgt über Rückstellungsbildung. Weiterhin werden Beiträge an den Eifelhöhen-Klinik-Unterstützungskasse e.V. geleistet. Die Eifelhöhen-Klinik AG ist neben der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH Trägerunternehmen der Unterstützungskasse e. V., die seit dem 01.01.2000 für Neueintritte geschlossen ist.

Der Verein ist eine soziale Einrichtung zur ausschließlichen Durchführung betrieblicher Altersversorgung für seine Trägerunternehmen. Der Vorstand der Eifelhöhen-Klinik-Unterstützungskasse e.V. besteht aus jeweils einem Mitglied der Geschäftsleitung der Trägerunternehmen sowie, soweit vorhanden, jeweils einem Mitglied der Arbeitnehmervertretung. Der Aufgabenbereich des Vorstands betrifft die Anlage und die Verwaltung des Vereinsvermögens. Da das auf die Unterstützungskasse ausgelagerte Vermögen die Voraussetzungen von IAS 19 als Planvermögen erfüllt, ist insoweit eine Verrechnung mit den Verpflichtungen erfolgt.

Beitragsorientierte Pläne führen nicht zu einer Rückstellungsbildung.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen für die betriebliche Altersversorgung erfolgt nach der in IAS 19 vorgeschriebenen Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method). Im Rahmen dieses Anwartschaftsbarwertverfahrens werden sowohl die am Abschlussstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartenden Steigerungen der Gehälter und Renten berücksichtigt.

Sich am Jahresende ergebende Unterschiedsbeträge (sogenannte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste) zwischen den planmäßig ermittelten Pensionsverpflichtungen und dem tatsächlichen Anwartschaftsbarwert werden erfolgsneutral unter Berücksichtigung latenter Steuern in einem gesonderten Posten im Eigenkapital als Bestandteil der Gewinnrücklagen ausgewiesen. Der in den Pensionsaufwendungen enthaltene Zinsanteil wird als Zinsaufwand innerhalb des Finanzergebnisses gezeigt.

Die Pensionsverpflichtungen betreffen Versorgungszusagen an ehemalige leitende Mitarbeiter der Muttergesellschaft. Es handelt sich um leistungsorientierte Zusagen auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten.

Die Rückstellungen für betriebliche Altersversorgung betreffen aktive Anwärter, ausgeschiedene Mitarbeiter mit unverfallbaren Ansprüchen sowie Rentempfänger. Die Leistungen hängen von den Dienstjahren und dem pensionsfähigen Gehalt ab. Das Altersgeld gewährt die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH ihren Arbeitnehmern gemäß bestehendem Tarifvertrag. Der Dienstzeitaufwand ist in dem Posten „Personalaufwendungen“ enthalten.

Der Berechnung liegen folgende Rechnungsannahmen (gewogener Durchschnitt) zugrunde:

	31.12.2017	31.12.2016
	%	%
Rechnungszinsfuß	1,93	1,72
Erwartete Einkommensentwicklung	0,1	0,1
Erwartete Rentenentwicklung	0,5	0,5

Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005 G“ nach Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als Rentenalter wurde der früheste mögliche Renteneintritt nach deutschem Recht verwendet.

Die im sonstigen Ergebnis erfassten (Gewinne)/Verluste aus Neubemessung setzen sich wie folgt zusammen:

Versicherungsmathematische (Gewinne) und Verluste aus	2017	2016
	TEUR	TEUR
Änderungen finanzieller Annahmen	-328	1.090
Erfahrungsbedingte Anpassungen	-137	23
Enthalten im sonstigen Ergebnis	-465	1.113

Nachfolgend wird eine quantitative Sensitivitätsanalyse der wichtigsten Annahmen zum 31. Dezember 2017 dargestellt:

31.12.2017				
Rechnungszins	Gehaltstrend	Rententrend	DBO	Abweichung in
%	%	%	TEUR	%
2,43	0,03	0,47	9.287	-7,3
1,43	0,03	0,47	10.836	8,2

Die vorstehenden Sensitivitätsanalysen wurden mittels eines Verfahrens durchgeführt, das die Auswirkung realistischer Änderungen der wichtigsten Annahmen zum Ende des Berichtszeitraums auf die leistungsorientierte Verpflichtung extrapoliert.

Folgende Beträge werden voraussichtlich in den nächsten Jahren im Rahmen der leistungsorientierten Verpflichtung ausgezahlt:

	Pensionen	Altersgeld	Unterstützungs- kasse	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Auszahlung				
innerhalb der nächsten 12 Monate	105	8	254	367
zwischen 2 und 5 Jahren	366	117	1.092	1.575
durchschnittliche Laufzeit zum 31.12.2017 in Jahren	7,6	12,0	17,0	

Beträge der laufenden und der vorangegangenen vier Berichtsperioden stellen sich wie folgt dar:

Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	2017 TEUR	2016 TEUR	2015 TEUR	2014 TEUR	2013 TEUR
Unterstützungskasse	8.352	8.645	7.625	8.098	6.146
Pensionen	1.046	1.112	1.106	1.198	1.102
Altersgeld	617	662	614	659	523

Die erfahrungsbedingten Anpassungen, also die Auswirkungen der Abweichung zwischen erwarteten und tatsächlichen versicherungsmathematischen Prämissen, können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	2017	2016	2015	2014	2013
Unterschied zwischen erwartetem und tatsächlichem Verlauf					
in % des Barwerts der Verpflichtung	-3,9	10,9	-6,7	24,1	-0,3

Andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH gewährt ihren Arbeitnehmern gemäß bestehendem Tarifvertrag Jubiläumsszuwendungen in Abhängigkeit von der Betriebszugehörigkeit. Die Bewertung der Jubiläumsrückstellung erfolgte gemäß IAS 19.155 nach der Projected Unit Credit Method.

(26) Finanzverbindlichkeiten

Stand 31.12.2016	davon mit einer Restlaufzeit von			
	Gesamt	bis 1 Jahr	über 1 - 5 Jahre	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.813	4.552	3.532	11.729
<i>davon Kontokorrentkredite</i>	3.736	3.736	0	0
Übrige Finanzverbindlichkeiten	1.322	0	726	596
	21.135	4.552	4.258	12.325

Stand 31.12.2017	davon mit einer Restlaufzeit von			
	Gesamt	bis 1 Jahr	über 1 - 5 Jahre	über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.878	5.618	4.325	13.935
<i>davon Kontokorrentkredite</i>	4.616	4.616	0	0
Übrige Finanzverbindlichkeiten	1.408	220	787	401
	25.286	5.838	5.112	14.336

Die Besicherung der Finanzverbindlichkeiten erfolgt in Höhe von 19.261 TEUR (Vorjahr: 16.078 TEUR) durch Grundpfandrechte und in Höhe von 4.616 TEUR (Vorjahr: 3.696 TEUR) durch Forderungsabtretung.

Die Zinssätze für langfristig verzinsten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (18.259 TEUR) liegen bei Laufzeiten bis 2027 zwischen 2,60 % und 3,45 %.

Die Zinssätze für die übrigen Darlehen (1.003 TEUR) liegen bei Laufzeiten bis 2027 zwischen 2,79 % und 3,45 %.

Zum Bilanzstichtag verfügt der Konzern über Liquiditätsreserven – in Form der frei verfügbaren liquiden Mittel zuzüglich der noch nicht ausgeschöpften Kreditlinien – von insgesamt 8.010 TEUR.

(27) Abgegrenzte Zuwendungen der öffentlichen Hand

Kirchliche Zuschüsse zum Neubau einer Kapelle werden passiv abgegrenzt und über die erwartete Nutzungsdauer der Kapelle aufgelöst. Die Auflösung der abgegrenzten Zuwendungen der öffentlichen Hand beträgt 6 TEUR (Vorjahr: 6 TEUR) und wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Umstände, die Anlass für eine Rückzahlung dieser Zuwendungen geben, liegen nicht vor.

(28) kurzfristige Rückstellungen

Die kurzfristigen Rückstellungen betreffen mögliche Rückforderungen aus der EEG-Umlage sowie Rückstellungen für Rechtsfälle.

	Stand 01.01.2017	Zuführung	Inanspruchnahme	Auflösung	Stand 31.12.2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Prozesse und Rückforderungen	0	407	0	0	407
	0	407	0	0	407

(29) Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten

	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
Körperschaftsteuer	109	151
Gewerbesteuer	33	118
	142	269

(30) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Sie bestehen in Höhe von 1.895 TEUR (Vorjahr: 1.551 TEUR) für offene Verpflichtungen aus dem Liefer- und Leistungsverkehr und sind innerhalb eines Jahres fällig. Der Zeitwert der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entspricht dem Buchwert.

(31) Kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
Personal	799	837
Jahresabschlusskosten, Prüfung, Steuererklärungen, Hauptversammlung, Offenlegung	373	356
Sonstige Steuern	369	453
Sozialversicherung	12	27
Übrige	1.086	1.266
	2.639	2.939

Die Personalverbindlichkeiten entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen aus nicht genommenem Urlaub sowie Lohn- und Kirchensteuer.

Die Verbindlichkeiten werden, sofern nicht anders angegeben, zum Erfüllungsbetrag bilanziert. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich und sind innerhalb eines Jahres fällig.

VII. Sonstige Erläuterungen und Angaben

(32) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die nach der indirekten Methode erstellte Kapitalflussrechnung zeigt gemäß IAS 7, wie sich Zahlungsmittel im Konzern durch Mittelzu- und -abflüsse verändert haben.

Die Kapitalflussrechnung unterscheidet Netto-Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit sowie Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Der Zahlungsmittelbestand umfasst liquide Mittel und Kontokorrentkredite bei Banken.

Zinseinnahmen und -zahlungen sind dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit zugeordnet, da sie primär der Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit dienen. Dividenden sind im Finanzierungsbereich enthalten.

Das Ergebnis nach Steuern veränderte sich gegenüber dem Vorjahr um 4.800 TEUR auf -86 TEUR.

Der Netto-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (I.) liegt mit 2.230 TEUR um 1.035 TEUR höher als in 2016.

Nach Abzug der Nettoinvestitionen von -7.501 TEUR, der Veränderung der Finanzschulden von +3.270 TEUR, der Veränderung des Finanzmittelbestands -4.603 TEUR sowie abzüglich der Auszahlungen an Unternehmenseigner von 1.237 TEUR ergibt sich ein Mittelabfluss von -7.841 TEUR, um den sich der Finanzmittelfonds in 2017 vermindert hat.

Die Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes und dessen Veränderung ergeben sich aus nachfolgender Übersicht:

	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR	Veränderung TEUR
Liquide Mittel	13.729	16.087	-2.358
davon zur Darlehenssicherung verpfändete Bankguthaben	-4.603	0	-4.603
Kontokorrentkredite bei Banken	-4.616	-3.736	-880
Finanzmittelbestand	4.510	12.351	-7.841

Zum Bilanzstichtag verfügt der Konzern über Liquiditätsreserven – in Form der frei verfügbaren liquiden Mittel zuzüglich der noch nicht ausgeschöpften Kreditlinien – von insgesamt 8.010 TEUR.

Änderungen der Schulden aus Finanzierungstätigkeit

	01.01.2017 TEUR	zahlungswirksam TEUR	zahlungsunwirksam sonstige TEUR	31.12.2017 TEUR
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	16.583	3.880	-1.015	19.448
kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	4.553	270	1.015	5.838
davon Kontokorrentkredite	3.736	880		4.616
Finanzmittelbestand	21.136	4.150	0	25.286

Unter dem Posten „sonstige“ werden die Effekte aus der durch den Zeitablauf bedingten Umgliederungen des langfristigen Teils der Finanzverbindlichkeiten in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten erfasst.

Der Konzern stuft gezahlte Zinsen als cash flows aus der betrieblichen Tätigkeit ein.

(33) Segmentberichterstattung

Die Klinikbetriebe sind als rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Unternehmen tätig, die in ihrem regionalen Umfeld die Geschäftstätigkeit autonom ausüben. Unselbstständige Betriebsstätten oder Niederlassungen bestehen innerhalb des Konzerns der Eifelhöhen-Klinik AG nicht.

Die geschäftliche Segmentierung von unternehmerischen Aktivitäten orientiert sich an der internen Unternehmenssteuerung. Der Eifelhöhen-Klinik-Konzern konzentriert seine wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Erbringung von klinischen Rehabilitationsbehandlungen. Infolgedessen sind sowohl die interne Berichterstattung als auch die Abstimmungs-, Steuerungs- und Entscheidungsprozesse im Sinne einer Ein-Segment-Struktur weitestgehend auf die Erbringung von klinischen Rehabilitationsbehandlungen ausgerichtet. Eine weitergehende Aufgliederung des Konzerns in Segmente im Sinne des IFRS 8 ergibt sich daher nicht.

Der Eifelhöhen-Klinik-Konzern ist ausschließlich auf dem deutschen Markt tätig, so dass sich eine Angabe nach IFRS 8 par. 33 nicht ergibt.

Umsatzerlöse mit wesentlichen Kunden	2017		2016 ¹⁾	
	TEUR	in % ²⁾	TEUR	in % ²⁾
Gesetzliche Krankenversicherungen	34.959	79,4	35.352	80,2
Rentenversicherungsträger	3.195	7,3	3.211	7,3

¹⁾ Die Vorjahreszahlen wurden auf neues Gliederungsschema umgestellt.

²⁾ Bezugsgröße Gesamtumsatz.

(34) Haftungsverhältnisse

Mit einer Vereinbarung über eine Leistungsgarantie gegenüber der Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG, Paderborn und der NRW.BANK, Anstalt des Öffentlichen Rechts, vom 20.12.2010 verpflichtete sich der Garantiegeber – die AataKlinik Wünnenberg GmbH - gegenüber dem Darlehensgeber unbeding und unwiderruflich, rückständige Zins- und Tilgungsleistungen einschließlich Verzugszinsen und Nebenkosten zu zahlen. Die Garantieübernahme besteht zugunsten des Minderheitsgesellschafters (Kurverwaltung Wünnenberg GmbH) und betrug zum Bilanzstichtag 12.024 TEUR (Vorjahr: 13.398 TEUR) und läuft mit Tilgung des Darlehens aus.

(35) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Als sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen Miet- bzw. Leasingverhältnisse (im Wesentlichen Grundstücke, Klinikgebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung), die nach der wirtschaftlichen Betrachtung als Operating-Leasingverhältnisse zu qualifizieren sind. Aus diesen Vertragsverhältnissen wurden im Jahr 2017 Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 8.251 TEUR (Vorjahr: 6.922 TEUR) geleistet. Leasingverhältnisse wurden für Laufzeiten von einem Jahr bis 24 Jahren vereinbart.

Die Mieten und (Leasing-)Raten aus den Vertragsverhältnissen werden in den Folgejahren wie folgt fällig:

Miet- und Pachtverträge	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
bis zu 1 Jahr	8.874	8.344
länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	19.887	19.457
länger als 5 Jahre	41.969	46.289
	70.730	74.090

(36) Kapitalmanagement

Primäres Ziel des Kapitalmanagements im Konzern ist die Sicherstellung einer finanziellen Flexibilität, um die Geschäfts- und Wachstumsziele zu erreichen sowie eine kontinuierliche und nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu ermöglichen. Dazu wird die Kapitalstruktur unter permanenter Beobachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gezielt gesteuert. Die Ziele, Methoden und Verfahrensweisen zur Optimierung des Kapitalmanagements bestanden zum 31. Dezember 2017 unverändert fort.

	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Eigenkapital	17.704	18.655
in % vom Gesamtkapital	61%	79%
Finanzverbindlichkeiten		
langfristige Finanzverbindlichkeiten	19.449	16.583
kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	5.838	4.553
Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente	-13.729	-16.087
	11.558	5.049
in % vom Gesamtkapital	39%	21%
Gesamtkapital	29.262	23.704

Im Geschäftsjahr 2017 verminderte sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr um 952 TEUR (-5,1 %). Dies ist im Wesentlichen auf die Dividendenzahlung von 1.237 TEUR zurückzuführen. Die versicherungsmathematischen Gewinne (netto +371 TEUR) wirkten dieser Verminderung entgegen.

(37) Management der finanzwirtschaftlichen Risiken

Die systematische Risikoidentifikation und -bewertung sowie die hieraus abzuleitenden Maßnahmen und Handlungsempfehlungen sind integraler Bestandteil einer umfassenden Risikoinventarisierung.

Ziel des Risikomanagements ist die Vermeidung möglicher Risiken bzw. deren Kontrolle oder das Treffen entsprechender Vorsorge jeweils unter Berücksichtigung der sich bietenden Chancen.

Das Risikomanagementsystem erstreckt sich integrativ auf alle operativen Bereiche des Konzerns, d. h. der Eifelhöhen-Klinik AG und der Tochterunternehmen. Es umfasst unter anderem die folgenden prägenden Risikobereiche

- Finanzen/Controlling (Reporting, Sachkosten, Zinsrisiko)
- Personal
- Entwicklung des Geschäftsumfeldes
- Krankenhausbetrieb

Die im Konzern benötigte Liquidität wird durch längerfristige und festverzinsliche Darlehen, durch eigene liquide Mittel sowie durch Kontokorrentlinien sichergestellt.

Die Fälligkeitsanalyse für nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten, die die verbleibenden vertraglichen Restlaufzeiten darstellt, ergibt sich wie folgt:

31.12.2017	täglich fällig	bis zu 3 Monate	3 bis 12- Monate	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Finanzverbindlichkeiten	4.617	105	1.116	5.112	14.336	25.286
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	581	990	324			1.895
Sonstige Verbindlichkeiten	160	585	1.894			2.639
31.12.2016	täglich fällig	bis zu 3 Monate	3 bis 12- Monate	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Finanzverbindlichkeiten	3.736	66	750	4.258	12.325	21.135
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	608	851	92			1.551
Sonstige Verbindlichkeiten	204	464	2.271			2.939

(38) Zusatztliche Angaben zu Finanzinstrumenten in der Bilanz

Marktrisiko und Sensitivitätsanalyse

Im Februar 2016 wurden die Zinssicherungsgeschäfte beendet.

Eine überleitungsrechnung für die Buchwerte der Bilanzposten auf die einzelnen Klassen der IFRS 7 zeigt die folgende Tabelle:

Überleitung der Bilanzposten zu den Klassen der Finanzinstrumente

Einteilung in Klassen des IFRS 7

	Buchwert gemäß Bilanz zum 31.12.2017	Erfolgswirksam zum beizulegen- den Zeitwert bewertet	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bewertete Schulden	Zum fair value bewertet			Zu fortge- führten Anschaf- fungskosten bewertet
						Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva									
kurzfristig									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.106	0	0	6.106	0	0	0	0	6.106
Sonstige Vermögenswerte	186	0	0	186	0	0	0	0	186
Zahlungsmittel und Zahlungäquivalente	13.729	0	13.729	0	0	13.729	0	0	0
Gesamte finanzielle Vermögenswerte	20.021	0	13.729	6.292	0	13.729	0	0	6.292
Passiva									
langfristig									
Finanzverbindlichkeiten	19.449	0	0	0	19.449	0	0	0	19.449
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon aus negativen Zeitwerten derivativer Finanzinstrumente	0	0	0	0	0	0	0	0	0
kurzfristig									
Finanzverbindlichkeiten	5.838	0	0	0	5.838	0	0	0	5.838
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.895	0	0	0	1.895	0	0	0	1.895
Sonstige Verbindlichkeiten	2.639	0	0	0	2.639	0	0	0	2.639
Gesamte finanzielle Schulden	29.821	0	0	0	29.821	0	0	0	29.821

	Überleitung der Bilanzposten zu den Klassen der Finanzinstrumente				Einteilung in Klassen des IFRS 7				
	Buchwert gemäß Bilanz zum 31.12.2016	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Schulden	Zum fair value bewertet			Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	TEUR
Aktiva									
kurzfristig									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.770	0	0	5.770	0	0	0	0	5.770
Sonstige Vermögenswerte	325	0	0	325	0	0	0	0	325
Zahlungsmittel und Zahlungäquivalente	16.087	0	16.087	0	0	16.087	0	0	0
Gesamte finanzielle Vermögenswerte	22.182	0	16.087	6.095	0	16.087	0	0	6.095
Passiva									
langfristig									
Finanzverbindlichkeiten	16.583	0	0	0	16.583	0	0	0	16.583
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon aus negativen Zeitwerten derivativer Finanzinstrumente	0	0	0	0	0	0	0	0	0
kurzfristig									
Finanzverbindlichkeiten	4.553	0	0	0	4.553	0	0	0	4.553
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.551	0	0	0	1.551	0	0	0	1.551
Sonstige Verbindlichkeiten	2.939	0	0	0	2.939	0	0	0	2.939
Gesamte finanzielle Schulden	25.626	0	0	0	25.626	0	0	0	25.626

Die Bewertung der Finanzinstrumente zu beizulegenden Zeitwerten folgt einer dreistufigen Hierarchie und orientiert sich an der Nähe der herangezogenen Bewertungsfaktoren zu einem aktiven Markt. Als aktiven Markt bezeichnet man einen Markt, auf dem homogene Produkte gehandelt werden, für die jederzeit vertragswillige Käufer und Verkäufer gefunden werden und deren Preise öffentlich zugänglich sind. Nach Stufe 1 werden Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Zahlungsmittel, bewertet, die auf aktiven Märkten notiert sind.

Zu nach Stufe 2 bewerteten Finanzinstrumenten gehören beispielsweise Derivate, deren Bewertung auf marktbezogenen, anerkannten finanzmathematischen Bewertungsmodellen beruht und deren Bewertungsfaktoren, wie Zinssätze, auf aktiven Märkten direkt oder indirekt beobachtet werden können. Nach Stufe 3 werden Finanzinstrumente bewertet, bei denen die Input-Parameter für die Bewertung auf nicht beobachtbaren Marktdaten basieren. Derartige Finanzinstrumente liegen im Konzern nicht vor.

Bei den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten entsprechen die anzugebenden Fair-Value-Stufen grundsätzlich den oben angegebenen Kriterien.

Die Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und von finanziellen Schulden innerhalb der Klasse „zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet“ entsprechen ihren Buchwerten und sind in den jeweiligen Abschnitten unter den Erläuterungen zur Bilanz angegeben.

(39) Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zum Abschlussstichtag hält der Vorstandsvorsitzende indirekt 2,85 %, auf den Aufsichtsrat entfallen direkt 0,06 % und indirekt 1,23 % der Aktien der Gesellschaft.

Das Vorstandsmitglied, Dipl.-Oec. Herr Lothar Lotzkat, hält direkt 0,03 % der Aktien der Gesellschaft.

Im Zuge der Altersversorgung von Mitarbeitern unterhält die Muttergesellschaft sowie die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH als Trägerunternehmen eine ausgegliederte Unterstützungskasse in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Die Unterstützungskasse e. V. hat mit Valuta zum 31.12.2017 der Eifelhöhen-Klinik AG (1.865 TEUR) und der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH (474 TEUR) Darlehen gewährt, die zu marktüblichen Bedingungen verzinst werden.

(40) Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Küthmann (Vorsitzender)

Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat

Herr Dr. Küthmann und Herr Lotzkat sind auch Geschäftsführer mehrerer Tochtergesellschaften der Eifelhöhen-Klinik AG.

Die Bezüge des Gesamtvorstandes der Eifelhöhen-Klinik AG für das Geschäftsjahr 2017 betragen 563 TEUR (Vorjahr: 469 TEUR). Davon entfielen auf:

Herrn Dr. Markus-Michael Küthmann 324 TEUR (Vorjahr: 267 TEUR)

Herrn Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat 239 TEUR (Vorjahr: 202 TEUR)

Auf das Vorstandsgehalt von Herrn Dr. Küthmann werden die Bezüge, die er in der Aata Klinik Wünnenberg GmbH als Geschäftsführer erhält, angerechnet.

Darüber hinaus werden keine Leistungen, insbesondere Pensionszusagen, Aktienoptionen, Kreditgewährungen, durch die Gesellschaft an den Vorstand erbracht.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 50 TEUR (Vorjahr: 50 TEUR).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen wurden 623 TEUR (Vorjahr: 663 TEUR) zurückgestellt.

Der ausgeübte Beruf besteht beim Vorstand in der Geschäftsführung und Vertretung der Eifelhöhen-Klinik AG.

Aufsichtsrat

Dipl.-Oec. Jörg Karsten Leue

Geschäftsführer der AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, Hamburg und der Seniorenpflege Strandperle GmbH & Co. KG, Hamburg

Vorsitzender

Birgit Wöstemeyer (bis 09.01.2017)

Betriebsratsvorsitzende

Arbeitnehmervertreterin

stellv. Vorsitzende

Doris Mücke (ab 09.01.2017)

Rechtsanwältin für Medizin- und Versicherungsrecht in eigener Kanzlei

stellv. Vorsitzende

Dipl.-Oec., Ing. Sigurd Roch

Freier Berater im Gesundheitswesen

Der jeweilige Aufsichtsratsvorsitzende der Eifelhöhen-Klinik AG ist Beiratsmitglied der Geriatriches Zentrum Zülpich GmbH.

Die Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat betrug 139 TEUR (Vorjahr: 112 TEUR), wobei auf den Aufsichtsratsvorsitzenden 62 TEUR, auf die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende 46 TEUR und auf das Aufsichtsratsmitglied 31 TEUR entfallen.

(41) Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr beschäftigten Arbeitnehmer ohne ruhende Arbeitsverhältnisse betrug im Jahresdurchschnitt im Konzern unverändert zum Vorjahr 591 Personen – davon waren 411 (Vorjahr: 412) im klinisch-medizinischen Bereich und 180 (Vorjahr: 179) im Service und administrativen Bereich tätig. Teilzeitbeschäftigte wurden entsprechend ihrer Arbeitszeiten anteilig berücksichtigt.

(42) Honorar für den Abschlussprüfer

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer für den Konzern und die Tochtergesellschaften beträgt insgesamt 190 TEUR (ohne Umsatzsteuer) und gliedert sich wie folgt auf:

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Abschlussprüfung	112	120
Steuerberatungsleistungen	52	49
Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0	6
Sonstige Leistungen	26	21
	190	196

(43) Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat am 10.07.2017 abgegeben und den Aktionären unter www.eifelhoehen-klinik.ag im Bereich Aktiengesellschaft, Investor Relations, unter der Rubrik „Corporate Governance“ dauerhaft zugänglich gemacht.

(44) Angaben nach WpHG

Zum Bilanzstichtag 2017 bestehen Beteiligungen an der Gesellschaft, die nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt und wie folgt nach § 26 Abs. 1 WpHG veröffentlicht worden sind:

a) am 30. Januar 2014

Die Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, teilt gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 WpHG mit, dass ihr Anteil an eigenen Aktien am 29.01.2014 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,022 % (das entspricht 94.289 Stimmrechten) betragen hat.

b) am 14. Februar 2017

Herr Bruno Fortmeier, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 13.02.2017 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, am 10.02.2017 die Schwelle von 20 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,03 % (das entspricht 625.000 Stimmrechten) betragen hat.

20,03 % der Stimmrechte (das entspricht 625.000 Stimmrechten) sind Herrn Fortmeier gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Zugerechnete Stimmrechte werden dabei gehalten über folgende von ihm kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG jeweils 3 Prozent oder mehr beträgt: ARF Holding GmbH.

Die ARF Holding GmbH, Schloß Holte, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 13.02.2017 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, am 10.02.2017 die Schwelle von 20 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,03 % (das entspricht 625.000 Stimmrechten) betragen hat.

c) am 16. November 2017

Die Seniorenpflege Strandperle GmbH & Co. KG (vormals SPG Senioren- und Pflegeheim Deutschland Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG), Hamburg (vormals Graal-Müritz), Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 15.11.2017 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, am 19.03.2007 25,10 % (das entspricht 782.961 Stimmrechten) beträgt. Davon sind 10,37 % (das entspricht 323.597 Stimmrechten) der Seniorenpflege Strandperle GmbH & Co. KG, Hamburg, Deutschland, gemäß § 22 WpHG zuzurechnen.

Die AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, Hamburg (vormals Graal-Müritz), Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 15.11.2017 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, am 19.03.2007 25,10 % (das entspricht 782.961 Stimmrechten) beträgt. Davon sind 14,72 % (das entspricht 459.364 Stimmrechten) der AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, Hamburg, Deutschland, gemäß § 22 WpHG zuzurechnen.

Angegeben ist der Inhalt der Mitteilungen zum Zeitpunkt der Veröffentlichungen.

(45) Ereignisse nach der Berichtsperiode

Der in Mönchengladbach begonnene Ausbau der stationären Behandlungskapazität auf insgesamt 180 kardiologische Betten durch die Tochtergesellschaft GlobalMed Immobilien GmbH wird voraussichtlich im II. Quartal 2018 abgeschlossen werden können.

Bonn, 13.04.2018
Eifelhöhen-Klinik AG

Der Vorstand



Dr. med. Markus-Michael Küthmann
- Vorsitzender -



Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 13.04.2018

Der Vorstand



Dr. med. Markus-Michael Küthmann

- Vorsitzender -



Dipl.-Oec. Lothar Lotzkat

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Eifelhöhen-Klinik AG

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Eifelhöhen-Klinik AG und Ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) - bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Eifelhöhen-Klinik AG für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die in der Anlage genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs.1 HGB anzuwenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der in der Anlage genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutendsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Ansatz sowie Bewertung Anschaffungs- und Herstellungskosten für Sachanlagen bei erstmaligem Ansatz

Gemäß IAS 16 ist eine Sachanlage, die als Vermögenswert anzusetzen ist, beim erstmaligen Ansatz mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten einer Sachanlage umfassen unter anderem den Erwerbspreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, um den Vermögenswert in einen betriebsbereiten Zustand zu bringen.

Das Risiko für den Abschluss

Bei der Prüfung der Bestandteile der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Vermögenswerten, welche über einen beträchtlichen Zeitraum in einen betriebsbereiten Zustand versetzt werden, besteht das Risiko der richtigen Ermittlung sowie Allokation der zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten direkt zurechenbaren Kosten. Nicht direkt zurechenbare Kosten dürfen nicht angesetzt werden. Die Bewertung beim erstmaligen Ansatz ist demnach insbesondere bei diesen Vermögenswerten, welche über einen längeren Zeitraum entstehen, mit Unsicherheiten behaftet.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Beim erstmaligen Ansatz von Sachanlagen mit einer längeren Fertigstellungsphase haben wir geprüft, ob es wahrscheinlich ist, dass ein mit der Sachanlage verbundener künftiger Nutzen dem Konzern zufließt. Zudem haben wir geprüft, ob die Anschaffungs- und Herstellungskosten der Sachanlagen verlässlich ermittelt werden konnten. Bei der Bewertung dieser Sachanlagen wurde geprüft, ob die Erwerbspreise sachgerecht ermittelt wurden. Zudem wurde geprüft, ob Kosten die anfallen, um den Vermögenswert in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen dem Vermögenswert direkt zurechenbar sind oder nicht. Bei der Prüfung haben wir uns Verträge sowie in Stichproben die für den Erwerb oder Herstellung angefallenen Belege angesehen. Zudem wurde geprüft, ob bei der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte, für welche ein längerer Zeitraum erforderlich ist, um sie in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, auch Fremdkapitalkosten aktiviert wurden.

Unsere Schlussfolgerungen

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen hinsichtlich des Ansatzes und der Bewertung von Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens ergeben.

Ansatz und Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen sind anzusetzen, wenn Arbeitnehmer Leistungen im Austausch gegen in Zukunft zu zahlende Leistungen erbringen oder erbracht haben. Betreffend die Bewertung dieser Verpflichtungen verweisen wir auf den Anhang.

Das Risiko für den Abschluss

Der Konzern verfügt über eine Unterstützungskasse, welche leistungsorientierte Verpflichtungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung gegenüber Rentnern sowie Anwärtern hat. Gemäß IAS 19 ist bei der Bewertung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen das Anwartschaftsbarwertverfahren anzuwenden. Neben der richtigen Ermittlung der Versorgungsanwärter sowie Rentner sind für die Bewertung die zu erwartenden Gehalts- und Rententrends sachgerecht festzulegen. Weiterhin hat der für die Abzinsung notwendige Rechnungszins einen großen Einfluss auf die Bewertung der Altersversorgungsverpflichtungen.

Aus unserer Sicht besteht ein erhöhtes Risiko einer unzutreffenden Berücksichtigung im Jahresabschluss. Zum einen besteht das Risiko, dass der Kreis und die persönlichen Daten der Versorgungsberechtigten sowie die berücksichtigten Versorgungsleistungen nicht mit den tatsächlichen Sachverhalten übereinstimmen (quantitative Parameter). Weiterhin könnten die Einschätzungen des Vorstandes betreffend der Renten- sowie Gehaltstrends und dem Rechnungszins aufgrund der Langfristigkeit der Verpflichtung nicht mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmen. Zudem sind diese Rückstellungen im Verhältnis zur Bilanzsumme quantitativ wesentlich und wirken sich dementsprechend auf die Vermögens- und Ertragslage aus.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Im Zusammenhang mit der Ermittlung der Altersversorgungsverpflichtungen haben wir uns mit den zugrundeliegenden Prozessen und Kontrollen befasst. Wir haben die versicherungsmathematischen Gutachten durch aussagebezogene Prüfungshandlungen sowohl auf Plausibilität als auch in Stichproben mathematisch nachvollzogen. Von der fachlichen Qualifikation des Gutachters haben wir uns überzeugt. Die Werthaltigkeit und Verrechenbarkeit des Planvermögens (siehe Anhang) wurde geprüft.

Unsere Schlussfolgerungen

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen hinsichtlich des Ansatzes und der Bewertung der Altersversorgungsverpflichtungen im Konzernabschluss ergeben.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- zum Konzernlagebericht den „Corporate Governance Bericht (Erklärung zur Unternehmensführung)“,
- die Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 5 HGB.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsachen zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind und den ergänzenden nach § 315e Abs.1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebes oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs.1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir

sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 11. Juli 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 27. November 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1994 als Konzernabschlussprüfer der Eifelhöhen-Klinik AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Konzernabschluss oder im Konzernlagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Konzernunternehmen erbracht:

- Erstellung von Steuererklärungen
- Unterstützung hinsichtlich Steuerprüfungen durch die Steuerbehörden
- Erbringung von Steuerberatungsleistungen
- prüferische Durchsicht Halbjahresfinanzbericht
- betriebswirtschaftliche Beratungen

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Marcus Heller.

Köln, den 17.04.2018

Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung
Kurt Heller GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Marcus Heller
Wirtschaftsprüfer

Anlage zum Bestätigungsvermerk: nicht inhaltlich geprüfte Bestandteile des Konzernlageberichts
Die im Konzernlagebericht enthaltene Konzernerkklärung zur Unternehmensführung haben wir nicht inhaltlich geprüft.



Kennzahlentabelle 2017

Kontakt

Jahresfehlbetrag je Aktie	-0,03	EUR
Ergebnis je Aktie	-0,04	EUR
Nettocashflow je Aktie nach IAS 7.18 - 20	0,74	EUR
Eigenkapital je Aktie	5,87	EUR
Höchstkurs	5,93	EUR
Tiefstkurs	4,46	EUR
Jahresendkurs	5,10	EUR
Marktkapitalisierung	15.388.862	EUR
KCV	6,89	
Anzahl der durchschnittlich im Umlauf befindlichen Aktien	3.017.424	Stück
Streubesitz	52	%

Bitte nehmen Sie bei Fragen oder Anregungen Kontakt mit uns auf.

Ansprechpartner: Vorstand
Telefon: 0228 967782-0
Telefax: 0228 967782-49
E-Mail: ir@eifelhoehen-klinik.ag
Internet: www.eifelhoehen-klinik.ag
Adresse: Eifelhöhen-Klinik AG
Graurheindorfer Str. 137
53117 Bonn

Finanzkalender

Veröffentlichung Jahresfinanzbericht 2017	30. April 2018
Hauptversammlung in Bonn-Bad Godesberg	28. Juni 2018
Halbjahresfinanzbericht 2018	28. September 2018

Eifelhöhen-Klinik AG

Investor Relations
Graurheindorfer Str. 137
53117 Bonn

Telefon 0228 967782-0 Telefax 0228 967782-49
E-Mail: ir@eifelhoehen-klinik.ag